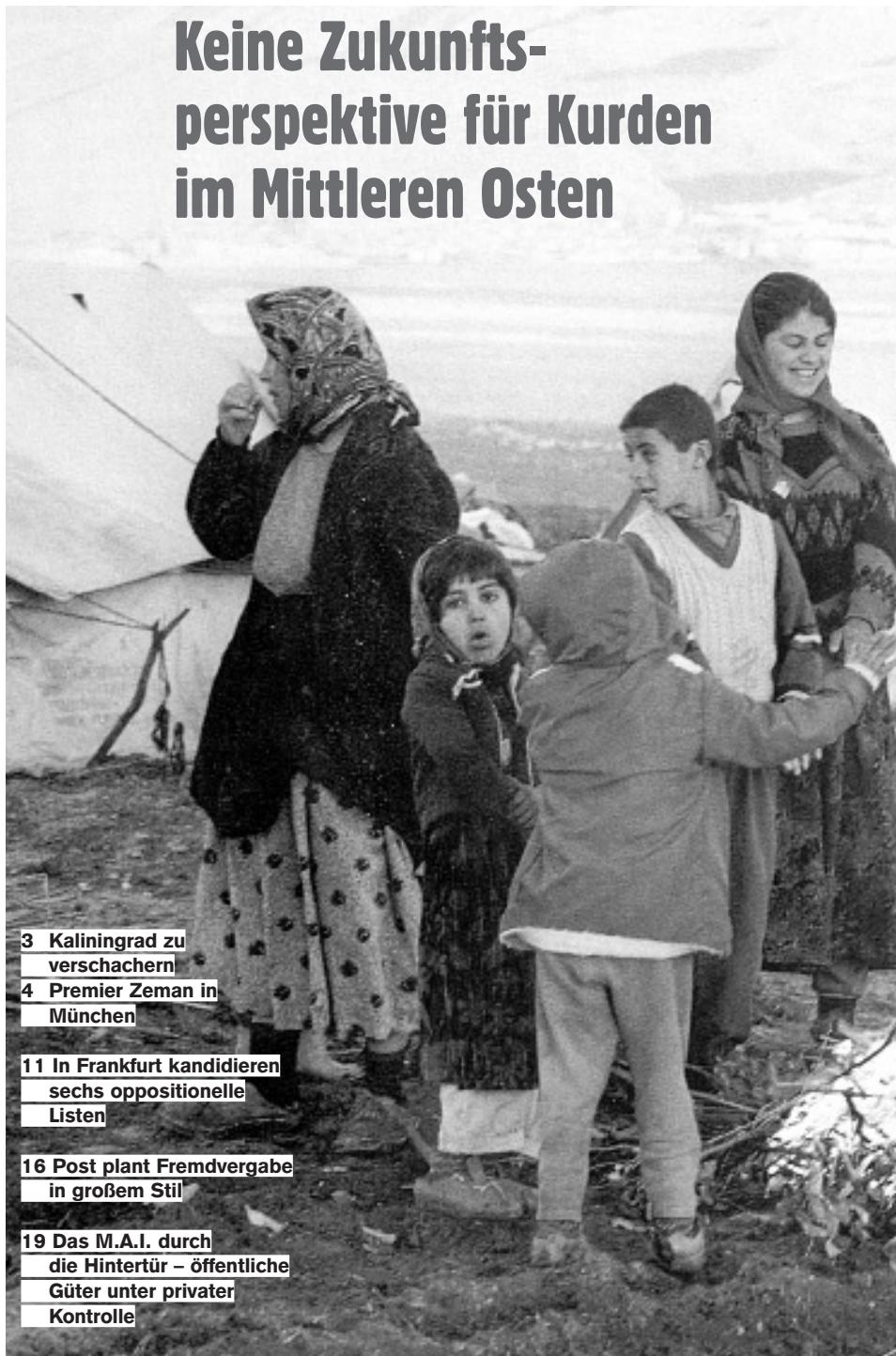


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Keine Zukunftsperspektive für Kurden im Mittleren Osten



3 Kaliningrad zu verschachern

4 Premier Zeman in München

11 In Frankfurt kandidieren sechs oppositionelle Listen

16 Post plant Fremdvergabe in großem Stil

19 Das M.A.I. durch die Hintertür – öffentliche Güter unter privater Kontrolle



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer: GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

IN BERLIN

VERBESSERUNGSBEDÜRFIG. Am 1. Juli soll das Sozialgesetzbuch IX in Kraft treten, mit dem die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilnahme behinderter Menschen in die Gesellschaft gefördert und das Recht zur Rehabilitation zusammengefasst und weiterentwickelt werden soll. Die Anhörung machte jetzt trotz grundsätzlicher Zustimmung der Behindertenverbände deutlich, dass viele Regelungen unzureichend sind und harde Arbeit nötig ist, um die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen wirklich entscheidend zu verbessern. Viele Verbände kritisierten z.B., dass der Entwurf die Bedürftigkeitsprüfung nicht abschafft und dadurch mehrfach behinderte Menschen diskriminiert: Wer betreut werden muss, wird im Rahmen der Sozialhilfe zu Kosten und Unterhaltsbeiträgen aus Einkommen und Vermögen herangezogen, mehrfach Behinderte müssen erst ihre Bedürftigkeit nachweisen! Heftig kritisiert wurde die Heranziehung unterhaltspflichtiger Eltern, die ihre behinderten Kinder ein Leben lang unterstützen müssen. Das führt oft dazu, dass Eltern, die ihre Kinder pflegen, bis sie zu alt dazu werden, auch danach immer noch zahlen oder selbst Sozialhilfe beantragen müssen. Die Verbände fordern, dass Eltern nicht mehr herangezogen werden, wenn ihre Kinder das 27. Lebensjahr vollendet haben. Weitere Kritik wurde an der Benachteiligung behinderter Studierender geäußert oder an der Zuzahlung für Hörgeräte bis zu 7000 DM. Der behindertenpolitische Sprecher der PDS, Seifert, forderte, dass das Gesetz erst zum 1.1.2002 in Kraft tritt, damit eine gründliche Überarbeitung und Verbesserung des Entwurfs ermöglicht wird.

POLITISCHES URTEIL BESTÄTIGT. Das Bundesverfassungsgericht hat das Urteil gegen Monika Haas bestätigt und die alten rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnsprechende Praxis des OLG Frankfurt als „im Grenzbereich einer von der Verfassung erlaubten Verfahrensgestaltung“ charakterisiert. Monika Haas war 1998 wegen angeblicher Beihilfe zur Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ im Herbst 1977 während der Schleyer-Entführung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Grundlage ihrer Verurteilung war die Verwertung von Aussagen so genannter Zeugen vom Hörensagen, d.h. von bei Gericht nicht anwesenden Zeugen und anonymen Quellen von Geheimdiensten, die jeder Befragung durch die Verteidigung entzogen sind. Eine zentrale Rolle für die Verurteilung spielten u.a. die belastenden Aussagen eines Libanesen, der als israelischer Spion im Libanon inhaftiert war und im Zusammenhang seiner Aussage überraschend freigelassen wurde. Er war von libanesischen Polizisten in Anwesenheit von BKA-Beamten verhört worden. Die Verteidigung konnte auf die Widersprüche seiner Aussagen

hinweisen, ohne dass es ihr möglich war, das Aussagengebäude durch Befragung zum Einsturz zu bringen. Weiterhin verwertete das OLG Aussagen von Geheimdienstlern, die einen Flug von Monika Haas nach Mallorca mit den später zur Flugzeugentführung verwendeten Waffen behaupteten, ohne einen stichhaltigen Beweis vorzulegen. Auch hier hatte die Verteidigung keinen Zugang zu den Quellen der Sachverhaltsfeststellung. Das BVerfG bestätigte das Urteil dennoch, da Boock, ehemals RAF, als unmittelbarer Zeuge mit seiner Aussage, er habe Monika Haas vor der Entführung in Bagdad gesehen, ihre Aussage, sie habe den Jemen zu dieser Zeit nie verlassen, widerlegt und die Zeugen vom Hörensagen damit bestätigt habe. Dass das Urteil von vorne bis hinten stinkt, ist schon daran zu erkennen, dass Monika Haas zu fünf Jahren verurteilt wurde; im Vergleich zu anderen Urteilen wg. RAF wenig – hätte das Gericht ihre Beihilfe im Schleyer-Komplex selbst tatsächlich angenommen, wäre das Urteil mit Sicherheit ganz anders ausgefallen.

BERUFSVERBOTE - NACHWIRKUNGEN.

Anlässlich der Veröffentlichung des 15. Datenschutzberichts 2001 macht die Datenschutzbeauftragte von NRW darauf aufmerksam, dass die Politik der Berufsverbote der 70er- und 80er-Jahre noch heute fortwirkt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte zwar 1995 in einem Fall aus Niedersachsen entschieden, dass eine Entlassung wegen parteipolitischer Aktivitäten aus dem Schuldienst rechtswidrig sei und dass verhindert werden müsse, dass die damals begangenen Fehler auch heute noch negative Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen. Doch musste nach erfolgloser Bewerbung in ein anderes Bundesland ein gut beurteilter Lehrer feststellen, dass sich in seiner Personalakte noch alte Unterlagen befanden aus einem Berufsverbots-Arbeitsgerichtsverfahren. Die Datenschutzkontrolle anderer Personalakten, so die NRW-Beauftragte, habe ergeben, dass es sich nicht um ein Versehen im Einzelfall handelte, sondern öfter Hinweise auf frühere Gerichtsverfahren zu finden sind.

„GEWALTÄTERDATEIEN“. „Wegen Eilbedürftigkeit“ hat das BKA zwei im November 2000 von der Innenministerkonferenz beschlossene Dateien – „Gewalttäter Rechts“ und „Gewalttäter Links“ – „im Wege der Sofortanordnung“ schon Ende Januar errichtet, die bereits Ende Februar technisch realisiert sein sollen. „Die Anhörung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Beteiligung der Innenministerien und Senatsinnenverwaltungen der Länder werden nachgeholt“, teilte das BKA der PDS-Abgeordneten Jelpke mit. Die mutmaßt, dass das BKA vor Beginn der Castor-Aus einander setzungen alles parat haben will, um sofort Tausende, wenn nicht Zehntausende Verdächtige zu speichern.

Kaliningrad zu verschachern

Die Bauernweisheit sagt: Ein Dementi beinhaltet schon die halbe Wahrheit. In der vergangenen Woche musste der Bundesaußenminister ziemlich lautstark vor dem Bundestag dementieren. In der Debatte über die Zukunft des Ostseeraums meinte Fischer: „Wie vorsichtig wir dabei allerdings sein müssen, zeigt sich daran, dass die in der britischen Presse erschienene Zeitungssente, Deutschland wolle die Region Kaliningrad/Königsberg zurückhaben, dazu führte, dass mich verschiedene Kollegen am Rande des Allgemeinen Rates sofort darauf angesprochen haben, nach der Devise: Ist denn da was dran? Das heißt, gerade die Region Kaliningrad/Königsberg müssen wir bei unseren Nachbarn mit der notwendigen historischen Sensibilität behandeln, ohne uns gleichzeitig zurückzuhalten, wenn es um gemeinsame Entwicklungschancen und um die Integration dieser Region in den Ostseeraum geht.“¹

Was hatte die englische Presse gemeldet? Die Zeitung *Daily Telegraph* veröffentlichte einen Beitrag unter dem Titel „Deutschland führt mit Russland geheime Gespräche über die Abtretung Königsbergs“. Nachdem Moskau seine 22 Mrd. schwere Schuld nicht gezahlt habe, beabsichtige Deutschland, Kaliningrad unter seine wirtschaftliche Kontrolle zu bringen. Angeblich wurde dieses Thema während des Besuchs von Schröder in Russland besprochen. Der deutsche Bundeskanzler habe seine Bereitschaft erklärt, der Exklave wirtschaftliche und humanitäre Hilfe zu leisten. Sollte der „Plan von Kassjanow-Schröder“ über den Tausch von Schulden gegen Aktien in Erfüllung gehen, bekomme Deutschland eine beispiellose Möglichkeit, die wirtschaftliche Politik Russlands zu beeinflussen und eine führende Rolle in der Kaliningrader Wirtschaft zu bekommen, so *Daily Telegraph* weiter.

Die deutsche Regierung hat der EU den Vertragsentwurf über die Zusammenarbeit mit Kaliningrad bereits vorgelegt. Mittlerweile hat Schweden, das z.Zt. den EU-Vorsitz hat, Kaliningrad zu einer der Prioritätsregionen seiner Politik erklärt.

Auf den Artikel von *Daily Telegraph* hat unverzüglich der Kaliningrader Gouverneur Wladimir Jegorow reagiert. Die Presseagentur *INTERFAX* zitiert sein Statement, er habe „vom russischen Präsidenten keine Verordnungen über einen ‚Begünstigungsmodus‘ für die deutschen Geschäftsleute in der Exklave bekommen“. „Kaliningrad ist und bleibt eine russische Region“, so Jegorow weiter.

Auch der Vertreter des russischen Außenministeriums im Kaliningrader Gebiet, Artur Kusnezow, widersprach der Meldung des britischen Blattes. Trotzdem gab Kusnezow zu, dass in russischen Re-

gierungskreisen über die Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an großen Industrieunternehmen der Exklave diskutiert wird. Leider würden die Gespräche über ausländische Investitionen in die russische Wirtschaft von manchen als „Verkauf der Heimat“ empfunden, obwohl es für Russland sehr vorteilhaft wäre, durch eine Bereitstellung von Investitionsmöglichkeiten seine Schulden zu tilgen.

Trotz Fischers Dementi sind doch schon zwei Sachen ans Licht gekommen: 1. Die Bundesregierung „hält sich nicht zurück ... wenn es um die Integration dieser Region in den Ostseeraum handelt“². 2. Es wird über eine größere Beteiligung deutscher Industrieunternehmen in der Region verhandelt. Deutlich wird aber auch, dass die deutsche Ostseepolitik auf Widerstand stößt. Zum einen wird in der russischen Regierung heftig um die Zukunft der Region Kaliningrad gestritten. So schlägt der „Rat für Außen- und Verteidigungspolitik bei Präsidenten“ vor, Kaliningrad direkt dem Kreml zu unterstellen, den Gouverneur zu ernennen und Volksentscheide zu untersagen. Nur harte Maßnahmen könnten den Verbleib der Exklave „im Wirtschaftsraum Russland“ sichern. Die kapitalistenfreundliche Fraktion hingegen fordert, dem Gebiet Kaliningrad den Status wie Hongkong vor Abzug der Briten zu verleihen.

Aber auch von anderer Seite her droht der Bundesregierung Ungemach, und diese könnte gewichtiger sein als das Störfeuer aus Moskau.

Dazu noch mal Fischer vor dem Bundestag: „Für uns ist aber folgender Punkt ganz entscheidend; ich möchte die Kollegen darauf hinweisen: Wir erleben natürlich gegenwärtig, dass die nordischen EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig mit der Frage der nördlichen Dimension ernst machen. Das sind im Grunde genommen zwei parallele Ansätze. Das heißt, wir müssen verhindern, dass hier Doppelstrukturen entstehen, die sich dann gegenseitig blockieren, und dass es zu einer Überfrachtung kommt. Aus meiner Sicht wird die Ostseekooperation erst dann wirklich anlaufen, wenn die Ostsee faktisch ein EU-Binnenmeer sein wird. Dies wird im Zusammenhang mit dem Beitritt von noch größerer Bedeutung sein.“³

Offenbar bildet für Fischer das EU-Konzept der „nördlichen Dimension“ ein Konkurrenzprojekt zu dem von der BRD dominierten Ostseerat, der zur Zeit auch von der Bundesregierung geleitet wird.

Was ist die „nördliche Dimension“?

Die „Nördliche Dimension“ umfasst insgesamt elf Länder unterschiedlicher Zuordnung: die Ostseeländer der EU (BRD, Dänemark, Schweden, Finnland), dazu

Immer deutlicher tritt das Bestreben der BRD zutage, die EU-Osterweiterung als vor allem deutsche Ostexpansion zu gestalten. Im Zuge der Beitrittsvorbereitungen dringen deutsche Konzerne weiter auf die osteuropäischen Kapital- und Warenmärkte vor, bringen die Beitrittskandidaten in wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit, unterstützen von der deutschen Politik, die zielstrebig an den in Jahrhunderten deutscher Ostkolonisation entstandenen Verbindungen anzuknüpfen versucht und dabei Ziele im Auge hat, die sich nicht auf die nächste oder übernächste Stufe der EU-Osterweiterung beschränken.

die drei baltischen Staaten sowie Polen, Russland, Norwegen, Island. Wichtig ist die Tatsache, dass das Projekt – ähnlich wie die Mittelmeerinitiative der EU – zum Anliegen der gesamten Union gemacht wurde und nicht auf deren Ostseeanrainer beschränkt blieb. Mit anderen Regionalorganisationen knüpft die „Nördliche Dimension“ zwecks synergetischer Effekte enge Beziehungen, so insbesondere zum Rat der Ostseeanrainerstaaten und zum Barentssee-Euro-Arktischen Rat. Die Voraussetzungen für solche Verzahnungen sind insofern günstig, als die EU selbst Mitglied dieser Organisationen ist.

Die „Nördliche Dimension“ ist die erste EU-Initiative, die im Sinne einer regionalen Entwicklungspolitik die herausragende Bedeutung Nordwestrusslands für die grenzübergreifenden Beziehungen EU-Russlands unterstreicht und dabei besondere Aufmerksamkeit dem Problem Kaliningrad widmet. In diesem Sinne setzt sich das Projekt zur zentralen Aufgabe, „die positive Interdependenz zwischen der Union, Russland und dem Ostseeraum zu stärken“ und damit den Gefahren sich vertiefender Trennlinien zu begegnen. Sicherheit und Stabilität sollen insbesondere durch wirtschaftliche Verbindungen und durch die Herausbildung langfristiger gemeinsamer Interessen gewährleistet werden.⁴

Obwohl die BRD auch Mitglied dieser Institution ist, liegt der politische Schwerpunkt sicher bei den nördlichen Staaten und insbesondere bei der EU-Kommission.

Diese entsandte dieser Tage eine Abordnung nach Russland mit Abstecher nach Kaliningrad. Die Delegation sollte die weitere Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland, insbesondere auch in Bezug auf die Region Kaliningrad, erörtern. Vorausgegangen war ein umfassender Bericht der Kommission an den EU-Rat.⁵ Geklärt werden müssen nach Auffassung der Kommission drei Bereiche. Der Ausbau des Verkehrsnetzes, der Energieversorgung und des Personen- und Warenverkehrs. Beim Ausbau des Verkehrsnetzes geht es um die Anbindung an die gesamteuropäische Verkehrskorridore I (Schienenstrecke/Via Hanseatica) und IX (mittlerer Abschnitt).

Die Energieversorgung für das Kali-

ningrader Gebiet wird noch über Russland via Litauen organisiert. Hier gibt es Pläne, die Energieversorgung über das mitteleuropäische Netz zu organisieren. Im Personenverkehr sind gravierenden Einschnitte für die Bevölkerung des Kaliningrader Gebiet vorgesehen. „Polen plant, die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Jahr 2001 vorzunehmen, und Litauen spätestens mit dem Beitritt. Dies wird Folgen für den Transit- und Personenverkehr haben. Für die Einreise in und die Durchreise durch EU-Mitgliedstaaten wird unabhängig vom Zweck der Reise der Besitz eines Visums erforderlich sein. Die visumfreie Durchreise (derzeit möglich für das Kaliningrader Gebiet und die Durchreise bestimmter Kategorien russischer Staatsangehöriger durch Litauen) wird nicht mehr möglich sein. Außerdem werden die Einwohner des Kaliningrader Gebiets nur noch reisen können, wenn sie im Besitz eines gültigen Passes sind (während heute auch ein Personalausweis ausreicht).“³

Folgende Vorschläge macht die Kommission, um das Problem in ihrem Sinne zu lösen: „Ohne den Beitrittsverhandlungen mit Polen oder Litauen vorgreifen zu wollen, wird vorgeschlagen, die praktischen Maßnahmen zur Durchführung angemessener und wirksamer Grenzkontrollen fortzuführen, damit der die künftigen Außengrenzen überschreitende Güter- und Personenverkehr erleichtert wird. Der Einsatz von Verbindungsbeamten wäre zu erwägen. Die technische und finanzielle Hilfe der Gemeinschaft kann zur Schaffung eines funktionierenden Grenzkontrollsysteins, einschließlich entsprechender hinreichend fälschungssicherer Reisepapiere, beitragen.

Sowohl die neuen als auch die alten Mitgliedstaaten könnten die Einrichtung von Konsulaten (oder die gemeinsame Benutzung von Einrichtungen zur Senkung der Kosten) im Kaliningrader Gebiet in Erwägung ziehen, um die Ausstellung von Visa zu erleichtern und die Migrationbewegungen effizient zu kontrollieren.“³

Während die Verhandlungen zwischen Russland der EU und den Beitrittsstaaten bald in die entscheidenden Runden gehen, wird noch von anderer Seite die Annäherung EU – Russland gestört. Zufällig am Mittwoch, als die EU-Troika in Moskau eintraf, sollen US-Spionagesatelliten im Raum Kaliningrad eben jene atomar gerüsteten Kurzstrecken gesichtet haben, deren Existenz Putin gegenüber Gerhard Schröder als „absoluten Quatsch“ bezeichnet hat. Der Gouverneur von Kaliningrad Jegorow benannte den eigentlichen Sinn solcher Meldungen. Sie seien ein Versuch, die Zusammenarbeit Russland – EU zu torpedieren. *hav*

1 Rede von BM Fischer vor dem Bundestag am 9.2.01

2 Heinz Timmermann: Russland und seine Region Kaliningrad als Partner der „Nördlichen Dimension“, Vortrag anlässlich der Kieler Woche im Juni 2000

3 Die europäische Union und das Kaliningrader Gebiet, vorgelegt am 17.1.2001



Milos Zeman mit Landtagspräsident und SL-Sprecher Johann Böhm

Tschechische Rüstungsaufträge in Milliardenhöhe ?

Premier Zeman in München

Auf Einladung der Herbert-Quandt-Stiftung der BMW AG kam der tschechische Premierminister Milos Zeman am 23. Januar nach München. Er wurde begleitet von Industrieminister Miroslav Grégr und Vertretern der Agentur CzechInvest, deren Aufgabe es ist, ausländische Investitionen für die CR an Land zu ziehen. Auf dem Programm der Delegation standen Gespräche mit Ministerpräsident Edmund Stoiber, dem Präsidenten des bayerischen Landtags, Johann Böhm, sowie Vertretern von BMW, HypoVereinsbank, Siemens und EADS (European Aeronautic Defence and Space Company).

Vorrangig ging es um das geplante neue BMW-Montagewerk. Als Standort haben sich über 200 Städte bzw. Regionen beworben, darunter sieben tschechische. Vier davon kamen in die engere Wahl: Ostrava und Frýdek-Místek in den von Arbeitslosigkeit gebeutelten Bergbauregionen Mährens, das mittelböhmische Kolín und Nýrany in Westböhmen. Diese Städte hatten jedenfalls Mitte Dezember Besuch aus Bayern erhalten. In Begleitung des bayerischen Wirtschafts-

und Verkehrsministers Otto Wiesheu hatten Vertreter von BMW die angebotenen Bauflächen besichtigt. Übrig geblieben ist Kolín an der Elbe, ein Industriestädtchen von 31.000 Einwohnern, Historikern bekannt als Schauplatz der Schlacht von Kolín, in der 1757 die Truppen Maria Theresias die des Preußenkönigs Friedrich II. besiegten und diesen zwangen, die Belagerung Prags zu beenden.

Außer Kolín sollen nur noch Dresden und das bayerische Hof im Rennen sein.

Rund eine Milliarde Mark will BMW angeblich in das neue Werk investieren, in dem 3000 Beschäftigte jährlich 200.000 Fahrzeuge montieren sollen. Das entspricht in etwa der Größenordnung der VW-Tochter Škoda Auto in Mladá Boleslav, die allein zehn Prozent des tschechischen Exports bestreitet. „Man kann sicher sein“, schrieb die Prager Zeitung, „dass die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten und Köder auslegen wird, um den fetten Fisch zu fangen.“ Dazu gehören fünf Jahre Steuerferien, Finanzspritzen für Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften und der zoll-

Schon wieder: „blühende Landschaften“

„Zeman und Stoiber einigten sich auf einen umfassenden tschechisch-bayerischen Dialog“, hieß es nach dem Besuch des tschechischen Premiers in München. Das hat zu einer heftigen Debatte in der CR geführt. ODS-Chef Klaus beispielsweise befürchtete eine Kehrtwendung der tschechischen Politik, die bislang nur die Bundesregierung als Gesprächspartner akzeptiert hat.

„Mladá fronta Dnes“ ist die auflagenstärkste tschechische Tageszeitung. Ebenso wie die meisten Konkurrenzblätter befindet sie sich in deutschem Besitz. Lubos Palata ist außenpolitischer Kommentator der „Mladá fronta dnes“. Artikel von ihm werden häufig auch in der Prager Zeitung veröffentlicht. So auch am 18. Januar 2001 unter der Überschrift „Der Premier entdeckt München“. Inter-

ressant daran ist, auf welche Weise darin versucht wird, Stimmung für deutsche Investitionen und gleichzeitig für die Idee zu machen, Tschechen müssten sich entschuldigen. So heißt es – nach dem dezenten Hinweis, die VW-Tochter Škoda auto halte „inzwischen die gesamte tschechische Volkswirtschaft über Wasser“ – am Ende des Artikels: „Stoiber wurde in Tschechien vor allem durch das sudetendeutsche Problem wahrgenommen. Für die Mehrheit der Tschechen ist er das Symbol für einen antitschechischen Politiker. Deshalb hat auch die Mehrheit der tschechischen Politiker stets um München einen großen Bogen gemacht, einziger Staatspräsident Václav Havel machte 2000 eine Ausnahme. Doch auch er bekam von Ministerpräsident Stoiber eine Lektion in sudetendeutscher Politik gehalten. Der Besuch des tschechischen Premiers Petr Pithart noch vor der Teilung der Tschechoslowakei (1992) in München und dort

freie Import von Maschinen und Anlagen. Das Grundstück für den Bau des Werkes – erforderlich sind 250 Hektar – wird vermutlich für einen symbolischen Preis zur Verfügung gestellt. „Um ihrem Angebot Nachdruck zu verleihen“, so die Süddeutsche Zeitung, „können die Tschechen auch noch einen Deal anbieten: Sie kaufen beim europäischen Rüstungskonzern EADS die dringend benötigten Überschall-Kampfflugzeuge für die tschechische Armee. Militäraufträge werden von Prag allerdings grundsätzlich nur dann an westliche Firmen vergeben, wenn diese im Gegenzug in Tschechien investieren, wie etwa BMW mit seinem Autowerk.“ Womit der Programmypunkt EADS erklärt wäre. Die HypoVereinsbank dagegen steht auf dem Besuchsplan, weil sie die tschechische Komercni Banka kaufen will, deren Privatisierung bevorsteht. Und Siemens hat Interesse gezeigt, zusätzlich zu seinen Beteiligungen an bislang 22 tschechischen Firmen den Bahn-Hersteller CKD zu übernehmen.

Sollte das neue BMW-Werk tatsächlich in Tschechien gebaut werden, würde die Abhängigkeit der tschechischen Wirtschaft von der deutschen Autoindustrie massiv weiter zunehmen. Nur der Wirtschaft? In den Stiftungen der Konzerne wird handfest Politik gemacht, werden weltpolitische Strategien entwickelt. Vorstandsvorsitzender der Herbert-Quandt-Stiftung beispielsweise, die Zeman nach München lud, ist Horst Teltzschik, ehemaliger Kanzlerberater Kohls, Gastgeber und Leiter der „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“ (früher „CSU-Wehrkundtagung“), Vorstandsmitglied der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), Kuratoriumsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) und ganz nebenbei auch noch – ebenso wie VW-Chef Ferdinand Piëch – „Sudetendeutscher“.

Renate Hennecke (aus: DTN 26, 23.2.)

im Sudetendeutschen Haus gehört einer längst vergangenen Zeit an. Ein solcher Besuch würde dem heutigen Premier den Sessel kosten. Das muss sich ändern. Ein beiderseits akzeptabler Kompromiss wäre ein deklarativer Eigentumsverzicht der Sudetendeutschen und eine deklarative Entschuldigung der tschechischen Seite für die Vertreibung. Zudem könnte eine Verbindung tschechischen Potentials mit bayerischer Technologie beide Länder zu blühendsten Regionen (sic) Europas machen. Für Stoiber wäre der tschechisch-sudetendeutsche Brückenschlag ein beachtenswerter Erfolg, vielleicht sogar eine Chance mehr für die Kanzlerkandidatur. Der Besuch Zemans könnte unter einem derart günstigen Stern ein Schlüsselmoment darstellen. Denn es geht nicht nur um ein BMW-Werk, sondern um viel, viel mehr.“ Gab es da nicht schon einmal so eine Vision von „blühenden Landschaften“?

Hat die BRD eine eigene Außenpolitik?

Joschka kommt

Mit Beklemmung flog der neu erwählte Außenminister Josef Fischer zum ersten Antrittsbesuch zu Madeleine Albright. Alle vorherigen Zweifel, die die Medien zu Fischer und seiner Vergangenheit angekündigt hatten, waren nach dem Besuch ausgeräumt: Fischer wurde zu einem der besten Partner der US-Lady, vor allem auch, als er gemeinsam mit den Herren Schröder, Scharping u.a. mit wehenden Fahnen in den NATO-Krieg gegen Serbien zog. Seither ist der Grüne Fischer vom „Weltpolizisten“ akzeptiert.

Beschwingt steigt Joschka ins Flugzeug und reist nach Moskau und Washington, tut so, als ob große Dinge zu regeln sind, bleibt aber mit seiner Außenpolitik weit hinter den Realitäten zurück. Denn inzwischen hat George W. Bush das Ruder im Weißen Haus übernommen und lässt alle Voraussagen über seine im Vergleich zu Clinton härtere Gangart vergessen. Offen erklärt Bush, dass die USA die einzige und bestimmende Weltmacht sind und nun alle anderen, ob Verbündete, Neutrale oder mögliche Gegner, nach US-amerikanischer Pfeife zu tanzen haben. Und Fischer bereitete sich auf sein erstes Zusammentreffen mit dem neuen Chef des Weißen Hauses gut vor: „Es ist eine Entscheidung (der US-Administration zum NMD), die nicht im NATO-Bündnis gefällt wird, sondern durch die amerikanische Regierung.“ (J. Fischer im Interview mit dem *Neuen Deutschland*, 16.2.).

Und so nimmt es nicht Wunder, dass Joschka Fischer – ähnlich wie George W. Bush nach einer prinzipiellen Erklärung Wladimir Putins zu den Plänen der USA – Dinge aus den Gesprächen in Moskau heraushört, die andere ganz anders verstanden haben. Nämlich nach wie vor eine Ablehnung der US-Pläne und völliges Unverständnis gegenüber den NATO-Erweiterungsplänen seitens der russischen Führung.

Dazu können Putins Äußerungen während seines Besuches in Österreich herangezogen werden: Die NATO ist ein Überbleibsel des Kalten Krieges, die nach Auflösung der Blöcke keine Existenzberechtigung mehr hat. Russland ist so sehr mit seinen inneren Angelegenheiten befasst, dass es für niemanden eine Bedrohung darstellen kann. Warum deshalb aber die NATO-Osterweiterung? – so fragen die Russen.

Es bleibt Fischers Geheimnis, wenn er nach solchen Erklärungen meint, dass sie von ihrer manifestierten Haltung abgerückt sind. Wenn NATO-Generalsekretär Robertson in Moskau versuchte, die Russen davon zu überzeugen, dass sich die NATO nicht gegen Russland wendet, so machte Fischer vor der Presse schon die Gründe für die Verbesserung des Klimas in den Gesprächen mit Moskau aus. Er meinte nämlich, dass die Russen erkannt hätten, dass die NATO sich nicht gegen

Russland richte. Ein feiner, aber bedeutsamer Unterschied! Fischer hat das offenbar mit der Bereitschaft der Russen verwechselt, mit der USA, der NATO und natürlich auch mit der BRD im Gespräch bleiben zu wollen. Deshalb in den Gesprächen keine Konfrontation. Das zeigt das Interesse der Russen an weiteren Verhandlungen und an der Eröffnung eines konstruktiven Dialoges mit der neuen US-Administration. Das ist wahrscheinlich auch der Grund für die Erklärung Fischers, dass die BRD keine Vermittlerrolle in Sachen NMD spielen wolle. Die Russen werden ihm eindeutig erklärt haben, dass sie gegenüber Bush ihre Position selbst zum Ausdruck bringen werden. Dazu ist das Gespräch zwischen Außenminister Iwanow mit US-Sekretär Powell in Ägypten ein bestimmter Fingerzeig.

Darin unterscheidet sich die Position des deutschen Außenministers hundertprozentig von der der Russen.

Während seiner Antrittsreise (oder besser Kneifallreise) in die USA hat Fischer nun einige Klarheiten geschaffen. So äußerte er Unverständnis für die Ablehnung der NMD-Pläne durch Russland, da doch Bush gewillt sei, energisch abzurüsten. Wobei er offenbar nicht weiß, dass Bush nur das abrüsten will, was militärtechnisch veraltet ist bzw. nicht seiner Militärdoktrin entspricht. Fischer jedenfalls versteht die Russen nicht, hat aber zu den Star-War-Plänen der USA keine andere Meinung als die US-Administration. „Wir stehen natürlich nicht in der Mitte. Wir sind Mitglied der NATO und die USA sind unser wichtigster Partner in allen Sicherheits- und vielen anderen Fragen“, so sagte er Reportern auf dem Moskauer Flughafen. Entgegen Amtskollegen Fischers aus Frankreich, Schweden und anderen Ländern, die auch in Moskau waren und Zweifel am US-Projekt äußerten.

Und zum Irak? Die BRD sei wie auch die USA sehr betroffen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen und weitreichende Raketen zu entwickeln sucht. „Wir stimmen zu, dass es notwendig ist, dass der Irak alle UN-Resolutionen erfüllt, und wir hören mit großem Interesse, was Staatssekretär Powell dazu zu sagen hat.“ So kommt Josef Fischer, deutscher Außenminister, zur Feststellung, dass „wir die Aktion unserer Verbündeten in einer immens schweren Situation nicht kritisieren, wenn sie die Leben der Kurden wie auch das ihrer eigenen Truppen schützen müssen“.

Zum Amtsantritt von George W. Bush hatte Bundeskanzler Schröder in der FAZ schon klar gemacht, welche Beziehung die BRD zukünftig zur neuen Administration einnehmen will. Er schrieb, dass das transatlantische Bündnis zu festigen ist und der neu gewählte amerikanische Präsident allen Herausforderungen in diesem Sinne begegnen wird. Josef Fischer hat seinen Kanzler richtig verstanden: Selbst bei Meinungsverschiedenheiten wird die BRD schweigen und still der amerikanischen Position zustimmen. ahe

4 000 neue Daten pro Monat

Vor einigen Monaten veröffentlichte das „Angehörigen Info“ Berichte, aus denen zu schließen war, dass die Entnahme von Zellproben zur Feststellung von DNA-Identifizierungsmustern („genetischer Fingerabdruck“) bei Strafgefangenen zunehmend gab und gäbe ist. Inzwischen scheint, dass die zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen, §81g StPO und das 1998 beschlossene DNA-Identitätsfeststellungsgesetz (DNA-IFG), immer ausgedehnter interpretiert und zusehends willkürlich auch gegen Linke, Flüchtlinge und andere missliebige Personen eingesetzt werden.

Der jüngste Fall wurde durch eine Erklärung von Gisel Dutzi bekannt. Diese war Anfang der 80er-Jahre Mitglied der RAF, 1984 wurde sie zu acht Jahren und einigen Monaten Haft verurteilt, 1991 kam sie frei, ist seither legal politisch aktiv. Sie bekam am 5. Januar eine BKA-Vorladung nach dem DNA-IFG, begründet mit ihrem Strafverfahren von 1984. Sie kam dem Termin am 18.1. nicht nach und wurde bereits eine Stunde später vom BKA gesucht, am 30.1. bei einem Arbeitsamt-Termin schließlich von fünf Polizisten abgefangen und zur gewaltsamen Abnahme des „genetischen Fingerabdrucks“ aufs Polizeipräsidium verschleppt. Eine halbe Stunde nach der Festnahme erhielt ihr Anwalt den Beschluss des Bundesgerichtshofes, der bereits am 17.10.00 ausgestellt worden war. „Der Inhalt des Beschlusses ist politisch“, schreibt Gisel Dutzi, „es geht um meine politische Identität.“ Der BGH behauptete rund 17 Jahre nach dem Strafverfahren und zehn Jahre nach der Freilassung die Gefahr von Wiederholungstaten, da Gisel Dutzi seinerzeit keine Aussagen gemacht, sich nicht distanziert, nach der Haft Kontakt zu Gefangenen gehalten, sich für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF eingesetzt habe usw. usf. Beschwerdemöglichkeit hatte sie keine.

Andere Fälle, in denen das DNA-IFG zur Repression politisch aktiver Menschen benutzt wurden, waren kurz zuvor aus Leipzig bzw. Berlin bekannt geworden.

In Leipzig wurden fünf Menschen, die beschuldigt waren, bei einer Auseinandersetzung drei Neonazis verletzt zu haben, im Dezember zu einer DNA-Untersuchung gezwungen. (Flugblatt der Roten Hilfe Leipzig) Anfang Februar wurde in Berlin eine in der Flüchtlingspolitik tätige Anwaltsgehilfin zur DNA-Analyse gezwungen. Weil seit drei Jahren ein bis heute ergebnisloses Ermittlungsverfahren gegen sie läuft, hatte kürzlich die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich gezogen. Vorwurf: Beihilfe zur Sachbeschädigung. Mit der

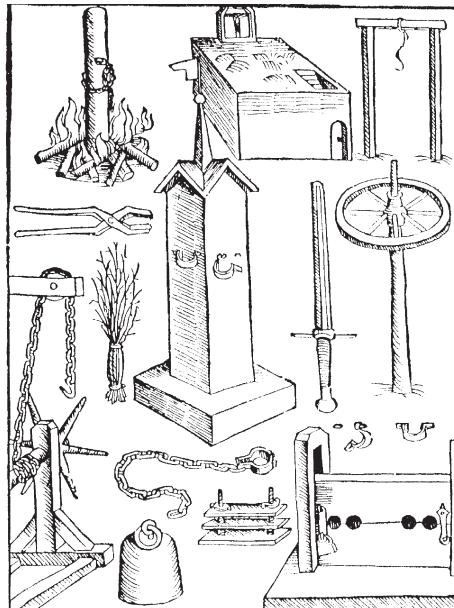
DNA-Analyse wollen die Bundesanwälte nun offenbar den Beweis finden, dass die Flüchtlingspolitikerin mit einem Brandanschlag auf den Fuhrpark einer Spar-Handelsgesellschaft zu tun hat. (Ulla Jelpke, PDS-MdB, am 24.2. in der *jungen Welt*)

Immer häufiger werden auch Flüchtlinge zur Abgabe ihrer Erbinformationen gezwungen. Einen besonders eklatanten Fall berichtet Ulla Jelpke in der *jungen Welt*: „Im Mai 2000 verkündete der Essener Rechtsdezernent Ludger Hinsen (CDU), er sei einem „riesigen Asylbetrug“ auf der Spur. Mit Speicheltests gegen etwa 2 000 in Essen lebende Libanesen werde er nun nachweisen, dass diese ihren Aufenthaltsstatus mit falschen Angaben erschlichen hätten, sozusagen „Scheinasylanten“ seien. Bei 700 der Flüchtlinge sei durch Speicheltests bereits erwiesen, dass sie entweder aus der Türkei oder aus Syrien stammen. Da die

durchschnittlich 4 000 Datensätze wächst. (PE BKA 21.7.00)

Die ausgedehnte Praxis der DNA-Abnahme ist durch das Gesetz nicht unbedingt gedeckt. Mit Beschluss vom 14.12. des letzten Jahres, veröffentlicht am 18.1.01, bekräftigte das Bundesverfassungsgericht nun noch einmal, dass DNA-Analysen nur bei „mittelschwerer oder schwerer Kriminalität“ zulässig seien und dass im Einzelfall geprüft werden müsse, ob Wiederholungsgefahr bestehe, da jede DNA-Probe einen erheblichen Eingriff in Persönlichkeitsrechte bedeute.

Ob dieses Urteil die Tendenz zur Ausweitung der Feststellung, Speicherung und Verwendung von Identitätsmustern wirklich und wirksam bremst, ist aber durchaus fraglich. Die Entwicklung geht in die entgegengesetzte Richtung. Geplant ist die Einrichtung einer DNA-Kartei auf europäischer Ebene. In Großbritannien, das hier eine Vorreiterrolle spielt, ist die generelle Erfassung aller einer Straftat Beschuldigten – vom Ladendiebstahl bis zum schweren Verbrechen – in Vorbereitung. 9 000 Polizisten werden derzeit zur Erfassung der DNA-Proben neu eingestellt, man rechnet damit, dass die Datenbank von knapp 1 Mio. im Jahr 2000 bis auf 4 Mio. DNA-Proben im Jahr 2003 anschwellen wird. (Telepolis, 1.9.00) Auch hierzulande ist zu befürchten, dass die Entnahme von Speichelproben sich als standardisierter Sachbeweis in der polizeilichen Praxis etablieren wird.



Der „genetische Fingerabdruck“, ein weiteres Beispiel staatlichen Erfindungsreichtums. Er darf bei einer „Straftat von erheblicher Bedeutung“ abgenommen werden, „wenn wegen der Art der Ausführung der Tat, der Persönlichkeit des Beschuldigten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer der vorgenannten Straftaten zu führen sind“. (§81g StPO)

Flüchtlinge aus dem Libanon kurdischer Abstammung sind, ist der Nachweis familiärer Verbindungen in die Türkei oder nach Syrien nicht überraschend. Dem Essener CDU-Dezernenten aber dienten solche „Erkenntnisse“ monatelang als Vorwand für Razzien und eine großangelegte rassistische Kampagne.“ (24.2.)

Im April 1998 hatte das Bundesinnenministerium, noch unter Kanther, die Gen-Datei beim BKA eingerichtet. Mitte letzten Jahres umfasste sie über 50 000 Datensätze; damals teilte das BKA mit, dass der Datenbestand pro Monat um

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts behebt die grundsätzliche Problematik des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes ja keineswegs. Das Gesetz enthält z.B. keine Regelung zur verpflichtenden Löschung der gespeicherten Daten, sondern lediglich eine Aussonderungsprüfungsfrist. Es bindet einerseits die DNA-Abnahme an eine „Straftat von erheblicher Bedeutung“, auf der anderen Seite aber hat die Einführung eines Kataloges mit 41 Straftaten im Zusammenhang mit der Änderung des Gesetzes am 2.6.99 zu erheblichen Weiterungen geführt. Sodann hat auch das Bundesverfassungsgericht keine verfassungsrechtlichen Einwände gegen die Praxis, dass eine DNA-Abnahme auch bei Bewährungsstrafen und bei positiver Sozialprognose durch das erkennende Gericht durchgeführt werden kann. Schließlich werden Einschränkungen, z.B. die richterliche Anordnung, in vielen Fällen durch die „freiwillige Zustimmung“ von Betroffenen umgangen, wobei es gerade bei Gefangenen mit der „Freiwilligkeit“ nicht weit her ist, wenn die Behörden Haftlockierungen, offenen Vollzug oder die ausstehende Zweidrittelsentscheidung ins Spiel bringen oder die Gefangenen Repressalien befürchten müssen. Der 24. Strafverteidigertag hat deshalb auch die Abschaffung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes gefordert.

scc

Die USA und Großbritannien bombardieren wieder Irak. Angeblich zur Aufrechterhaltung der Schutzzonen und zur Sicherheit ihrer Truppen. Was hat es mit der Kurdenschutzzone im Nordirak auf sich? Konnte sich hier eine lebenswerte Zukunft für die Menschen entwickeln? Woher kommen die kurdischen Flüchtlinge, die an Küsten der EU stranden?

1916 beschlossen England und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen die Aufteilung des Osmanischen Reiches. Die Erdölgelände von Kirkuk und Mosul sowie der Zugang zum Persischen Golf wurden England zugeschlagen, Frankreich die heutigen syrischen Gebiete und 30% der Ölförderung. Nach dem 1. Weltkrieg war erst im Vertrag von Sevres die Bildung eines armenischen und eines kurdischen Staates vorgesehen. Im Vertrag von Lausanne zwischen den Siegermächten und der Türkei blieb davon nichts. Nach den kurdischen Aufständen 1925 in der Türkei und Irak einigten sich dann England und die Türkei auf die heutige Grenze.

Südkurdistan umfasst heute die irakischen Provinzen Dohuk, Arbil, Mosul, Suleimania und Kirkuk. Die irakische Baath-Partei versuchte nach ihrer Machtübernahme 1968 die gewaltsame Arabisierung der kurdischen Gebiete. Dagegen kam es Anfang der 70er-Jahre, angestachelt durch die USA und mit Hilfe des Iran, zum Aufstand, der in einer Niederlage endete. Zumindest wurde 1975 aber in dem iranisch-irakischen Abkommen ein kurdischer Autonomiestatus im Nordirak vereinbart.

Von 1980 bis 1988 – als die BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien und die USA den Irak hochrüsteten – nahm das Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung während des ersten Golfkriegs zwischen Irak und Iran zunehmend genozidalen Charakter an. Die Vernichtungsoperation mündete 1988 in der Anfal-Offensive des irakischen Militärs. 75% der dörflichen Strukturen wurden zerstört, ca. 4 500 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, Städte zerstört, 400 000 Menschen verschleppt, von 180 000 Menschen ist das Schicksal bis heute ungeklärt, Hunderttausende wurden in Lager und militärische „Kollektivstädte“ zwangsumgesiedelt. Giftgas aus deutschen Produktionsanlagen kam zum Einsatz. Der Gasangriff auf Halabja kostete 3-5 000 Menschen sofort, 7 000 später das Leben. 10.000 starben auf der Flucht und bis heute gibt es gesundheitliche Spätfolgen. In Südkurdistan wurden mit 10 Mio. Minen (laut UN), meist aus Italien, ganze Gebiete versperrt. Die einstige Kornkammer Südkurdistan war ein verwüstetes Land, die Menschen von Nahrungslieferungen abhängig.

Im Golfkrieg 90/91 stachelten die USA im Süden und im Norden des Irak zum Aufstand. Nach der Niederlage des Irak und dem Waffenstillstand vom Februar 1991 brach der kurdische Aufstand wie eine Eruption los. Die kurdischen Parteien KDP unter Barzani und PUK unter Talabani spielten anfangs keine große Rolle. Die irakischen Garden zerschlugen den

Kurdenschutzzone im Nordirak

Keine Zukunftsperspektive für Kurden im Mittleren Osten

Aufstand, mehr als zwei Mio. Menschen flüchteten zur türkischen und iranischen Grenze. 20000 Menschen starben in Minenfeldern und Flüchtlingslagern.

Anfang April 1991 bekräftigte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 688 die „Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Irak“ und forderte Bagdad auf, die Unterdrückung seiner Bürger auch in den kurdischen Gebieten zu beenden. Ausgangspunkt war dabei nicht die Verletzung von Menschenrechten von Kurden und Irakern, sondern die durch sie bedrohte Stabilität der Nachbarstaaten. Die Türkei verlangte die Einrichtung eines Schutzbürtels entlang der Grenze und im Gebiet rund um Dohuk. Die Golfkriegsalliierten begannen die Operation „Provide Comfort“, die sich auf die Flüchtlingscamps im türkischen Grenzgebiet beschränkte. Die deutsche Regierung nutzte ihre Beziehungen zum Iran zu einem humanitär deklarierten Einsatz von 2 000 Soldaten im iranischen Grenzgebiet.

Die Alliierten erklärten in den Verhandlungen mit dem Irak das Gebiet von Dohuk und Amadia zur Schutzzone (save heaven). Die irakische Armee zog sich zurück und die Alliierten errichten riesige Zeltstädte als Durchgangslager für die Flüchtlinge. Die USA, Großbritannien und Frankreich deklarierten das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades zur Flugverbotszone. Die kurdische Frage wurde zum Flüchtlingsproblem.

Die Schutzzone umfasst ein Gebiet der Größe Niedersachsens mit der Provinz Dohuk und Teilen der Provinzen Mosul und Arbil. Die irakische Armee zog auch aus Suleimania und dem Norden Kirkuks ab. Aber nicht von den Ölfeldern bei Kirkuk und Mosul. Gleichzeitig startete das Saddam-Regime die endgültige Vertreibung der Kurden aus Kirkuk. Zwischen 1968 und 1991 waren 779 Dörfer in dieser Region zerstört worden. Nach 1991 wurden 100 000 Menschen meist in die Schutzzone deportiert. Bei der Volkszählung 1997 wurde von den verbliebenen Kurden die Änderung ihrer ethnischen Identität in Araber verlangt, die Provinz in „Al-Tamin“ („Nationalisierung“) umbenannt. In den von der irakischen Armee geräumten kurdischen Gebieten wurden 1992 Wahlen abgehalten. KDP und PUK, stärkste Kurdenparteien der Region, erhielten etwa gleich viel Stimmen, 5% die islamistische Bewegung. Die Regionalregierung wurde paritätisch besetzt. Das Parlament beschloss, sich als Teilstaat einer irakischen Föderation zu konstituieren. Die UN und die „Schutzmächte“ verweigerten jedoch die Anerkennung. Der Irak verhängte ein Embargo. Zu dem internationalen Boy-

kott des Irak und den geschlossenen Grenzen zur Türkei und Iran fehlte nun die Versorgung mit Gütern aus dem Irak. Das alliierte Hilfsprogramm wurde zum größten Teil nur in dem KDP kontrollierten Gebiet Dohuk abgewickelt. Anderen Programme von NGOs wie Wiederaufbauhilfe der zerstörten Infrastruktur liefen auf eigene Gefahr. Der Etat der NGOs belief sich aber auf ein Mehrfaches des Etats der kurdischen Regierung.

Ohne Anerkennung von außen und wirtschaftliche Strukturmaßnahmen anstatt reiner Flüchtlingshilfe entwickelte sich eine „Schatten“- und Günstlingswirtschaft aus auch von der Türkei geduldetem Grenzschmuggel mit Öl, Korruption und Verteilungskampf um die Hilfsgüter. Aus der Verteilung und dem Handel mit Hilfsgütern und im Bausektor entstanden profitable Wirtschaftszweige, oft mit der Verwaltung eng verstrickt. Rund 165 000 Menschen arbeiten als staatliche Angestellte, nahezu eine Millionen Menschen sind von Lohnzahlungen der kurdischen Regionalregierung abhängig.

Ab 1996 gestattete der UN-Sicherheitsrat das Programm „Oil for Food“. Der Irak konnte Erdöl im Wert von 2 Mrd. \$ je halbes Jahr verkaufen, um dafür Importe von humanitären Waren zu finanzieren. Später wurde der Betrag auf 5,2 Mrd. \$ erhöht. Davon erhält die kurdische Schutzzone 13%. Dies ist die wesentliche Versorgungsquelle Südkurdistans mit Nahrungsgütern und Medikamenten. Das Öl geht über KDP-Gebiet in die Türkei. Sie erhält die Zölle aus dem Grenzverkehr. Die regionalen Unterschiede führen dazu, dass im KDP-Gebiet nach ai-Angaben das Durchschnittseinkommen bei 45 DM liegt, im PUK-Gebiet bei 10 DM. Eigenständige Entwicklungen wurden weiter durch ständige Militäraktionen des Irak und Militärvisionen der Türkei gelähmt. Raum für demokratische Fortschritte zur Überwindung der Machtkämpfe zwischen KDP und PUK gibt es nicht.

Seit 1979 besteht ein türkisch-irakisches Abkommen über gemeinsame Maßnahmen gegen kurdische Aufständische. Seit 1983 führt die Türkei Aufstandsbekämpfung bis weit auf irakisches Gebiet durch. 1984 institutionalisierten die Türkei und Irak die Möglichkeit, bei der Verfolgung von Aufständischen die Grenze zum anderen Staatsgebiet zu überschreiten (Hot-pursuit-Abkommen). Mit dem Entstehen des Machtvakums im Nordirak hat sich die türkische Armee ab 1994 in der Schutzzone regelrecht festgesetzt. 1997 stieß die türkische Armee mit 50 000 Mann 200 km bis kurz vor Mosul vor. Besonders die KDP ist in den Genuss türki-

scher Unterstützung gekommen zu dem Preis der Bekämpfung der PKK-Einheiten, die Südkurdistan als Rückzugsgebiet benutzen. Heute sollen mehrere tausend türkische Soldaten und Dorfschützer aus dem türkischen Kurdistan auf KDP-Gebiet operieren. Auch unter dem turkmenischen Bevölkerungsanteil in Kirkuk verschafft sich die Türkei eine Basis und bildet turkmenische Einheiten aus.

1996 kam es nach vielen vorangegangenen Gefechten zu einem militärischen Schlag der KDP gegen die PUK. Im August griffen irakische Truppen als Bündnispartner der KDP in den Konflikt ein und besetzten eine Zeit lang Arbil und Suleimania. Aus der Grenzregion zum Iran vertrieb die PUK die KDP mit Hilfe des Iran. 1998 schlossen KDP und PUK einen Waffenstillstand unter Schirmherrschaft der USA. Heute herrscht die KDP im Dohuk und Arbil-Gebiet, die PUK in Teilen der Provinz Kirkuk und Suleimania.

Nach der Einstellung des bewaffneten Kampfes der PKK in der Türkei zog sich letztes Jahr die Mehrzahl ihrer Guerillakräfte (ca. 5-7.000 Kämpfer) in den Nordirak zurück, im Wesentlichen ins PUK-Gebiet, was die Situation weiter verschärft, da die von der PKK geforderte Amnestie und Demobilisierung in die Türkei bei türkischer Regierung und Militär auf Ablehnung stößt. Möglichkeiten einer Demobilisierung innerhalb Südkurdistans sind unter den jetzigen Bedingungen unmöglich. Nach den jahrelangen Kämpfen zwischen KDP und PUK um Geld und Land gehen nun beide gegen die PKK gemeinsam vor. Ai berichtet im Journal Februar 2001 von Angriffen der PUK auf die PKK und von mehreren hundert Toten auf beiden Seiten. Nun kann sich auch die PUK auf die Hilfe der Türkei stützen.

Es gibt keine Zukunftsperspektive für diese Region, solange das kurdische Problem international als Flüchtlings- und Separatistenfrage behandelt wird. Die Schutzzone hat sich unter dem Militärhumanismus der Golfalliierten zu einem Gazzastreifen im Nordirak entwickelt. Die türkische Armee spielt dabei die Rolle einer Schutz- und Besatzungsmacht mit Gelüsten auf das Erdöl von Kirkuk und Mosul (Lesenswertes dazu auf der Internetseite der Türkischen Botschaft). Das Europaparlament forderte 1993 erstmals eine internationale Konferenz der UN, die sich mit der Situation der Kurden in der Türkei, Irak, Iran und Syrien und den Menschen- und Völkerrechtsverletzungen befassen und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts eine politische und allen gerecht werdende Lösung erarbeiten soll. Passiert ist seither nichts, der Flüchtlingsstrom aus Nordirak Richtung Westen schwoll weiter an. Eine emanzipatorische und demokratische Lösung für die Kurden kann es in der Schutzzone nicht geben. Eine Anerkennung und Regelung kurdischer Rechte würde die Abkehr von der imperialistischen Destabilisierungspolitik im Mittleren Osten bedeuten, auch der aus Berlin. *rub*

Tschechien: Nach Live-Übertragung der Kandidatenvorstellung

Fernsehstreik beendet – Übergangs-direktor gewählt

Nach fast sechs Wochen beendeten am 10. Februar die Beschäftigten des öffentlich-rechtlichen Tschechischen Fernsehens CT ihren Streik. Dieser hatte im Dezember begonnen, nachdem der (mittlerweile abgesetzte) Fernseherrat den früheren Generaldirektor der Fernsehanstalt, Dušan Chmelicek, abberufen und den als ODS-nah geltenden Jiri Hodac zum neuen Fernsehchef gewählt hatte. Neuer Übergangsdirektor des CT wurde der von Sozialdemokraten nominierte Jiri Balvin.

Unsere Chronik der Ereignisse um das CT (PB Nr. 3) endete mit dem Rücktritt Hodacs am 11. Januar, der Verabschiebung eines neuen Mediengesetzes und der Abberufung des vorherigen Fernseh-rates durch das Abgeordnetenhaus am 12. Januar. Was geschah danach?

Trotz der Erfüllung ihrer wesentlichen Forderungen hielten die TV-Redakteure die Nachrichtenredaktion weiterhin besetzt. Sie forderten nach dem Rücktritt Hodacs auch den Rücktritt der von ihm berufenen Mitglieder der Senderleitung. Das betraf vor allem die Stellvertretende Direktorin Vera Valterová, die Nachrichtenchefin Jana Bobosiková und den Finanzchef Jindrich Beznoska. Außerdem forderten sie Rücknahme der Kündigungen.

Mitte Januar schien sich, nach mehreren Gespräche zwischen Vertretern der Streikenden, der Gewerkschaften und der Senderleitung, eine Entspannung anzubauen.

Am 17. Januar verschärfte sich jedoch die Situation erneut. Der Senat, in dem die rechte Viererkoalition seit den Wahlen vom November über eine Stimme mehr verfügt als Sozialdemokraten und ODS zusammen, lehnt das vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Mediengesetz ab und beschließt eine eigene Version, die eine Beteiligung des Senats an der Wahl des künftigen Fernseh-rates vor sieht.

Am gleichen Tag wird die Nachricht verbreitet, die Streikenden hätten außer der Nachrichtenredaktion nun auch die Senderleitung besetzt und den früheren (von Hodac entlassenen) CT-Finanzdirektor Ladislav Paluska zum TV-Chef ausgerufen. Dieser Schritt stößt auch bei Unterstützern des Streiks auf Unverständnis.

Am 18. Januar dementiert der Krisenausschuss die Meldung über die Besetzung der Senderleitung und die Ernennung von Ladislav Paluska zum Generaldirektor. Die Falschmeldung sei von Jindrich Beznoska in die Welt gesetzt

worden, man werde ihn zur Rechenschaft ziehen. Am gleichen Tag einigen sich Vertreter der Streikenden und der Senderleitung darauf, Vera Valterová bis auf weiteres als rechtmäßige CT-Leiterin anzuerkennen.

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken jetzt Finanzfragen. Am 18. Januar fordert der Krisenausschuss der Streikenden eine Überprüfung der Haushaltsführung des Senders. Jeden Tag fließt über unbekannte Kanäle viel Geld aus dem Sender ab. Finanzchef Beznoska wird in Zeitungsartikeln in Zu-



DER NEUE: JIRI BALVIN

sammenhang mit Finanzmanipulationen bei der Investitions- und Postbank (IPB) gebracht, die im letzten Jahr unter Beteiligung schwerbewaffneter Sondereinheiten der Polizei unter Zwangsverwaltung gestellt und in einer Blitzaktion verkauft wurde.

Am 23. Januar lehnt das tschechische Abgeordnetenhaus die Änderungsvorschläge des Senats zum neuen Mediengesetz ab und bestätigt den ursprünglichen Gesetzestext, der das Verfahren für die Neuwahl des Fernseh-rates regelt und es dem Abgeordnetenhaus ermöglicht, bis dahin dessen Aufgaben zu übernehmen und einen provisorischen TV-Direktor zu bestimmen. Noch am gleichen Tag wird das Gesetz von Präsident Havel unterzeichnet.

Am 6. Februar stellen sich sechs Bewerber/innen - vier Männer und zwei Frauen - für das Amt des TV-Übergangs-direktors dem Medienausschuss des Abgeordnetenhauses vor und beantworten Fragen der Parlamentarier. Die Ausschusssitzung wird live im Fernsehen übertragen.

Am 9. Februar wird der frühere Chefproduzent Jiri Balvin zum Übergangs-direktor gewählt. Balvin entlässt die noch von Hodac eingesetzten Mitglieder der Senderleitung, kündigt die Aufhebung der von Jana Bobosiková ausgesprochenen Kündigungen und die Auszahlung der ausstehenden Gehälter an.

Am 10. Februar unterzeichnen Balvin und Vertreter der Streikenden eine Vereinbarung, in der sich beide Seiten zu konstruktiver Zusammenarbeit verpflichten. Damit endet der Streik. Weder die ODS noch die Viererkoalition hat ihr Ziel erreicht, mit Hilfe eines ihr nahestehenden Direktors stärkeren Einfluss auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu gewinnen.

rh (aus: DTN Nr. 26, 23.2.)

Balkanstaaten fordern Ende der Gewalt in Südsieben

Ein Ergebnis des Balkan-Gipfels in Skopje war, dass Belgrad Unterstützung für die Politik seiner neuen Regierung und seinen Plan zur Beilegung des Konfliktes in Südsieben und Kosovo bekommen wird. In seiner Rede verlangte der jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica die Verkleinerung der Pufferzone an der Grenze zum Kosovo, da diese Region zum Kriegsschauplatz geworden sei. Überdies forderte Kostunica die Rückführung aller Flüchtlinge ins Kosovo und den gemeinsamen Kampf gegen Waffen- und Drogenhandel. Gerade über die Balkanländer werden jährlich Mafiageschäfte in Milliardenhöhe getätigt. Deswegen haben alle Staats- und Regierungschef in Skopje erneut die organisierten Kriminalität den Kampf angesagt. Alle sind sich einig darüber, dass die Kosovo-Resolution 1244 der Vereinten Nationen, die keine Änderung der Grenzen zulässt, geachtet werden müsse. Dies wurde am beim Treffen der Außenminister der Länder unterstrichen, wobei auch über eine verstärkte Zusammenarbeit gesprochen wurde. Dies bedeutet, dass in Zukunft in Bezug auf Energie, Ökologie, Transport und Lebensmittel gemeinsame Entscheidungen getroffen werden sollen, was eine Vernetzung der Region ermöglichen wird. Mit der Unterzeichnung des Grenzvertrages, der den Verlauf der Grenze zwischen Mazedonien und Jugoslawien festlegt, ist auf dem Balkangipfel noch ein zusätzlicher Akzent gesetzt worden. Der mazedonische Präsident Boris Tadic begrüßte das Abkommen als „Zeichen guten Willens und guter Absichten“. Und Kostunica sagte wörtlich: „Wir zeigen hier, dass der Balkan, der bisher als ‚Pulverfass‘ galt, eine ‚Oase des Friedens‘ werden wird“.

Die Türkei in der Krise

Die Türkei steuert derzeit in die schwere Finanz- und Währungskrise seit dem Militärputsch vor 18 Jahren. Ausgelaugt durch hohe Ausgaben für den Krieg in Kurdistan und die weitverbreitete mafiose Kriegswirtschaft ist die Türkei seit Jahren eines der höchstverschuldeten Länder der Welt und konnte zuletzt nur noch mit internationalen kurzfristigen Krediten die akute Zahlungsschwierigkeit bekämpfen. Erst letzten Herbst hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) endgültig in Finanz- und Währungsfragen das Heft in die Hand genommen. Der Fonds, unter dessen Kuratel sich die Türkei befindet, diktierte der türkischen Regierung ein sog. Stabilisierungskonzept, mit den Eckpunkten: Bindung der Lira an Dollar und Euro, Kreditzusagen über 11,4 Mrd. US-Dollar, zahlreichen Vorgaben bzgl. Liberalisierungsvorhaben im Bereich der Agrar-, Sozial-, Erziehungs-, Steuer- und Finanzpolitik, Einfrieren der Löhne und

Gehälter, neue Konsum- und Luxussteuern sowie Vorantreibung der Privatisierung. Eins haben die Stabilitätsprogramme rasch bewirkt: Die Lira wurde überbewertet, an der Börse wurde spekuliert wie nie. Schon Ende letzten Jahres war das Ziel Nummer eins, die Inflation auf 10 bis 12% zu senken, gescheitert. Derzeit liegt sie zwischen 30 bis 50%. Ende letzten Jahres waren auf Betreiben des IWF mehrere Banken unter Staatsaufsicht gestellt worden. Im Wesentlichen hatten sie sich mit Geldspekulationen beschäftigt, zwei Banken waren komplett zahlungsunfähig, viele Hilfs- und Kreditgelder waren nach dem schweren Erdbeben unauffindbar „verschwunden“. Die vier größten Staatsbanken haben in 2000 ein Defizit von 20 Mrd. Dollar erwirtschaftet. Die mit dem IWF abgestimmte Freigabe des Wechselkurses soll laut Ministerpräsident Ecevit nun höhere Einnahmen in der Tourismusbranche und der Exportwirtschaft bringen. Die Regierung hofft so, der steigenden Auslandsschuld Herr zu werden. Die Zeche werden die Verbraucher zahlen, auf die die drastischen Preissteigerungen auf dem Inlandsmarkt und für Importwaren abgewälzt werden. Gegen den Lohnstopp im öffentlichen Sektor demonstrierten allein in Ankara Anfang Februar über zehntausend Menschen auf Aufruf des Gewerkschaftsverbandes Kesk. Der Kurssturz der Lira bewirkt jetzt bei der Lohnauszahlung, dass die Einkommen bei steigenden Preisen um mehr als 30 Prozent gesunken sind. Willig hat die türkische Regierung erklärt, dass die IWF-Auflagen auch weiterhin erfüllt werden. Parallel zu diesem Wirtschaftskurs passt das Anziehen der staatlichen Repression in Gefängnissen, gegen Hadep und Menschenrechtsorganisationen wie den IHD. Nicht vergessen werden sollte, dass der IWF die Kredite über 11,4 Mrd. Dollar just zu dem Zeitpunkt freigab, als die Gefängnisse letzten Dezember gestürmt und mindestens 30 Gefangene umgebracht wurden. Die Generäle im Nationalen Sicherheitsrat schweigen bisher zu der Finanzkrise. Ministerpräsident Ecevit scheiterte schon 1979 bei der Umsetzung eines IWF-Programms. Dann putschten die Generäle. rub



Türkei: Zwei Hadep-Politiker spurlos verschwunden

Seit dem 25. Januar sind Serdar Tanis und Ebubekir Deniz, Hadep-Vorsitzender und Hadep-Sekretär von Silopi, spurlos verschwunden. Zuletzt waren

beide in der Eingangstür der Gendarmeriestation Silopi gesehen worden. Schon mehrfach zuvor war Serdar Tanis bedroht worden. Es ist zu befürchten, dass die beiden Politiker erneute Opfer staatsnaher Todesschwadronen in den kurdischen Gebieten wurden. Die Rechtsanwälte der beiden Familien haben den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof um Hilfe angerufen. Dieser intervenierte bei der türkischen Regierung und verlangte Aufklärung über den Verbleib der beiden Politiker. Die Hadep hat zu türkeiweiten Protesten aufgerufen, bis das Schicksal der Verschwundenen aufgeklärt ist. Seit Wochen finden in den kurdischen Gebieten und in den Großstädten der Türkei Protestaktionen statt. Tausende beteiligten sich bisher an Demonstrationen, Sitzblockaden und Faxaktionen an den türkischen Präsidenten und die Regierung. Allein zwischen dem 4. und 8. Februar fanden in 24 Städten Aktionen statt. In Batman ging die Polizei mit Panzern gegen eine Kundgebung vor, auf der der Hadep-Generalsekretär Mahmut Sakar sprach. In Cizre und Silopi wurden die Zufahrtsstraßen abgeriegelt. Mehrere Hadep-Provinz- und Distriktvorsitzende wurden vorübergehend verhaftet. In Mus, Bitlis, Tatvan, Güroymak und Eskisehir wurden die Hadep-Büros und Privatwohnungen von Parteimitgliedern durchsucht. Mustafa Ozer von der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir sagte auf einer Pressekonferenz, „die Türkei schwankt zwischen demokratischer Entwicklung und dem Vertiefen eines repressiven Vorgehens der Administration“. rub

Finnland: zentralisierte Tarifverhandlungen

Zum Ende des Jahres 2000 unterzeichneten die Dachorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmer als auch die Regierung einen neuen Einkommenstarifvertrag. Die Laufzeit umfasst die Periode vom 1.2.2001 bis zum 31.1.2003. Damit setzt sich die Tendenz langfristiger Tarifvereinbarungen kombiniert mit Verhandlungen auf zentraler Ebene fort, in die auch sozialpolitische Elemente eingebaut werden. Nach Gewerkschaftsangaben (Rakennusliitto) beträgt die Einkommenssteigerung 3,1% und variiert zwischen 3,7% für die Niedriglohnsektoren und 2,8% in den besser bezahlten Industriesektoren. Für 2002 sind 2,3% vereinbart. Neben Lohnfragen wurden weitere qualitative Elemente der Arbeitsbedingungen verhandelt. Darunter eine achtstündige Reduzierung der Arbeitszeit, die allgemeine Anwendung vereinbarter Arbeitsbedingungen für zeitfristet Beschäftigte sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenbezüge. rog (Quelle: Mitteilung von Rakennusliitto – finnische Baugewerkschaft)

Zusammenstellung: hav

AHAUS/LÜCHOW-DANNENBERG/KEHL Die Verbände BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Robin Wood haben am 12. Februar in Berlin gemeinsam mit X-tausendmal quer und den Bürgerinitiativen Ahaus und Lüchow-Danneberg der Einladung von Umweltminister Jürgen Trittin zu einem Gespräch über die Castor-Transporte eine Absage erteilt. Jetzt könnten nur noch Proteste gegen die kommenden Atommülltransporte helfen, den Ausstieg aus der Atomkraft zu beschleunigen. Am 18. Februar beteiligten sich über 2000 am Sonntags-spaziergang zum Brennelementelager Ahaus (*Bild*), diese Aktion wird am 18. März wiederholt. Am 24. März findet in Lüchow-Dannenberg eine Demonstration gegen Atomtransporte statt. Vom 24. bis 26. März sind deutsch-französische Proteste in Kehl/Straßburg gegen den Castor-Transport von La Hague nach Gorleben geplant.



Kampagne der SAGA: Für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit

FREIBURG/Br. Eine Jury bestehend aus VertreterInnen verschiedener Menschenrechtsorganisationen (Pro Asyl, Humanistische Union, Curare e.V. Menschenrechte in Verwaltung, Pax Christi, Lobby für Menschenrechte, Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung des DGB), Menschen aus dem Kunstbereich und Claudia Roth als Vertreterin des Menschenrechtsausschusses des Bundestages haben ab 27. Januar in der Freiburger Stadtbibliothek bei dem Wettbewerb DENK-MAL – Für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit das Kunstmodell von Bernhard Baumgartner ausgewählt, das nun in Freiburg einen festen Platz erhalten soll. Nach diesem erfolgreichen Kunstwettbewerb wird die Arbeitsgruppe Residenzpflicht des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen (SAGA) versuchen, einen kommunalen Ausschuss zu konstituieren mit VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen. Dieser soll sich ausschließlich mit dem Thema Bewegungsfreiheit, gegen Kontrollen und Kriminalisierung beschäftigen. Als nächster Schritt ist ein Hearing am 19. März zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit Parteien und Wählervereinigungen des Freiburger Ge-

meinderates geplant. Dort wird es auch um die Resolution gehen, mit der sich der Freiburger Gemeinderat im September 2000 einstimmig „Für eine offene Stadt – Gegen Fremdenhass und Rassenwahn“ ausgesprochen hat. Wieweit setzt kommunale Politik kritiklos Bundes- und Landesgesetze um, die offensichtlich Menschenrechte einschränken? Was muss sich ändern? Am 23. März wird eine Veranstaltungsreihe mit Hintergrundinformationen beginnen, das 1. Thema lautet: „Offene Stadt“ – welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um diesen Begriff überhaupt verwenden zu können. *anaz*

hbv plant Kampagne: FAIRness im Umgang mit ImmigrantInnen

ERFURT. Vom 23. bis 25. Februar führte das DGB-Bildungswerk Thüringen mit nichtdeutschen ArbeitnehmerInnen, AusländerInnenbeauftragten und GewerkschafterInnen eine Tagung zum Thema Arbeits- und Sozialrecht – Umgang mit den Rechten der ImmigrantInnen durch. Die Ergebnisse wird der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv), Angelo Luciferi, am 14. März in den DGB-Landesvorstand einbringen. Die hbv will darauf drängen, dass unter der Schirmherrschaft des DGB eine Kampagne

FAIRness gestartet wird mit den Zielen: 1. Sensibilisierung der deutschen KollegInnen und BürgerInnen bis hin zu Boykottaufrufen gegen Dienstleistungsunternehmen, welche die ImmigrantInnen unter menschenunwürdigen Bedingungen beschäftigen, 2. Bekämpfung der Missachtung der Rechte der nichtdeutschen ArbeitnehmerInnen und 3. Schaffung eines Informationsnetzes für ImmigrantInnen. <http://lag-antifa.de>

Offener Brief fordert: Keine Munitionsfabrik für die Türkei!

BERLIN. Das „Forum Rüstungsexporte“ fordert in einem Offenen Brief vom 15. Februar die Bundesregierung auf, ihre Genehmigung für den Bau einer Munitionsfabrik in der Türkei durch ein Konsortium unter der Führung der deutschen Firma Fritz Werner zu revidieren. In dem Brief, den Mitglieder aus 9 verschiedenen Gruppen unterzeichnet haben, heißt es: „Seit Anfang des Jahres ist die belgische Regierung zunehmend unter starkem Druck aus Öffentlichkeit und Parlament geraten, weil sie der belgischen Firma New Lachaussee als Konsortialpartner von Fritz Werner eine Exportgenehmigung erteilt hat. Die belgische Regierung hat darauf angekündigt, ihre Genehmigung zu überdenken und die beteiligten



HAMBURG. Ca. 3000 beteiligten sich am 15. Februar an einem Schweigemarsch in der Hamburger Innenstadt (*Bild*) unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan“. Es wurde vor der erneuten Eskalation durch den Einmarsch von 10.000 Soldaten der türkischen Armee in Südkurdistan (Nordirak) gewarnt. In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar gedachte der Verein der Freien Frauen aus Kurdistan mit einer Mahnwache in Altona auf dem Paul-Nevermann-Platz der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Öcalan vor 2 Jahren in die Türkei, wo er vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt wurde. Ähnliche Aktionen fanden in weiteren Städten statt, wie Frankfurt, Berlin, Düsseldorf. In allen größeren kurdischen Städten demonstrierten KurdInnen gegen den türkischen Staat. *lbh*

EU-Partner zu konsultieren. Das ist eine gute Gelegenheit für die Bundesregierung, ihre im Sinne des Menschenrechtschutzes und der Achtung des humanitären Völkerrechtes nicht nachvollziehbare Entscheidung aus dem letzten Jahr zu korrigieren.“ Rüstungsexporte dürften nur genehmigt werden, wenn weitestgehende öffentliche Transparenz und Beteiligung des Bundestages vor Entscheidungen sichergestellt sei. Jeder Rüstungsexport müsse untersagt werden, wenn er zu Menschenrechtsverletzungen und Verschärfung bestehender Konflikte beitrage. *Kurdistan Rundbrief Nr. 4*

Ausstellung „Aktion 3 – Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“

MÜNCHEN. Seit September verhandelte die Studierendenvertretung mit der Unileitung über die Ausstellung „Aktion 3 – Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“, die die Enteignung jüdischer Bürger im Nationalsozialismus dokumentiert. Ende 2000 war sie im Brandenburger Landtag zu sehen, Mitte diesen Jahres wird sie auf dem Gelände des ehem. KZ Oranienburg gezeigt. Die Studierendenvertretung beantragte die Ausstellung zum 8. Mai 2001, den Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, und konnte eine mündliche Zusagen für eine vierwöchige Ausstellungszeit Ende April/Anfang Mai erreichen. Doch jetzt kam der schriftliche Bescheid: die Ausstellung wird nur für zwei Wochen genehmigt und auch nicht zum gewünschten Termin. Die Leitung der Universität stellt rund um den 8. Mai den Lichthof der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Verfügung. *mlb*

Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft

DÜSSELDORF. Beim ersten Treffen des landesweiten Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage im August stellte Professor Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld) provozierend fest, dass rechtsextreme Tendenzen und Rassismus keine Randerscheinungen seien, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kämen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen (LAGA) NRW hat nun als Mitglied des nordrhein-westfälischen Bündnisses eine Expertise bei dem Politologen Professor Butterwegge in Auftrag gegeben, die Ende Januar 2001 der Presse vorgestellt wurde. Der Kölner Wissenschaftler bestätigt durch seine Untersuchung Heitmeyers These. Mit vielen zitierten Beispielen belegt er auch, dass Politiker der etablierten Parteien durch unbekannte oder beabsichtigte Äußerungen rechtsextreme Parteien und ihre menschenfeindliche Ideologie bestätigen. Interessierte können die Studie (52 S. A5) bei der LAGA bestellen oder aus dem Internet laden: www.laga-nrw.de. LAGA NRW, Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf, Tel. 0211-994160, Fax 0211-9941615. Mail: LAGA-NRW@t-online.de

Kommunalwahlen in Hessen

In Frankfurt kandidieren sechs oppositionelle Listen

FRANKFURT AM MAIN. Bei den Kommunalwahlen am 18. März wird es sechs oppositionelle Kandidaturen geben. Neben der PDS treten an die ÖkoLinX-Antirassistische Liste (ARL), die Flughafen-Ausbau-Gegner (FAG), die Feministische Partei – die Frauen, die Unzufriedenen und die Europa-Liste.

Bei ÖkoLinX-ARL handelt es sich um ein Bündnisprojekt der Gruppe um Jutta Ditfurth und der Antirassistischen Liste von José del Pozo, der bis vor einem Jahr noch dem Bundesvorstand der PDS angehörte. Die Kandidatur der FAG ist aus der Bewegung von Bürgerinitiativen gegen die geplante Errichtung einer weiteren Start- und Landebahn für den Rhein-Main-Flughafen entstanden. Die Liste die Unzufriedenen wurde von AktivistInnen aus den Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen aufgestellt. Die Europa-Liste repräsentiert EU-BürgerInnen ohne deutschen Pass bzw. mit Doppelpass. Nachdem in Hessen die 5%-Klausel abgeschafft wurde, haben ÖkoLinX, die FAG und die Feministische Partei die reelle Chance ein Mandat zu erzielen. Die PDS könnte sogar zwei Mandate erreichen. Die Unterstützung von rund 2700 Menschen wird benötigt für ein „sicheres“ Mandat, aber auch 1700 Stimmen könnten bereits ausreichen. Zum Vergleich: Bei den Kommunalwahlen 1997 wurde die PDS von 4037 Menschen gewählt. Die Feministische Partei erhielt damals 1691 Stimmen. 1993 entfielen auf ein Bündnis von ÖkoLinX und PDS noch 3249 Stimmen.

Die PDS hat für ihre Kandidatur mit Eberhard Dähne einen in der Frankfurter Linken bekannten Spitzenkandidaten gewinnen können, der nicht nur ausgewiesene kommunalpolitische Kenntnisse besitzt, sondern auch über ein ausgeprägtes Gespür für sozialen Widerstand verfügt. Das Kommunalwahlprogramm wurde nicht kurzfristig aus dem Boden gestampft, sondern enthält Mate-

rial, das von Vielen in einem einjährigen Diskussionsprozess zusammengetragen wurde. Der ernsthaft vorgetragene Anspruch, offene Listen für die Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte aufzustellen, konnte allerdings trotz intensiven und langwierigen Bemühungen nur eingeschränkt umgesetzt werden. Immerhin kandidieren drei Mitglieder der DKP, darunter der

Antifaschist Peter Gingold und die Frankfurter Kreisvorsitzende Barbara Lautermilch. Der Wahlkampf ist stark geprägt durch die politischen Vorstellungen von Heiner Halberstadt und Dieter Dehm. Beide waren als Sozialisten lange – zum Teil an exponierter Stelle – in der Frankfurter SPD tätig.

Auch Jutta Ditfurth und José del Pozo ist es gelungen, innerhalb ziemlich kurzer Zeit 44 KandidatInnen für ihre Römerliste zu gewinnen. Das „Manifest“ zu den Kommunalwahlen enthält wichtige Argumente und Ansichten für den antinationalistischen und antirassistischen Kampf, die sich bei den anderen linken Listen so nicht bzw. nur mit anderen Akzenten finden lassen. Kritik an der Politik der Grünen, aber auch der PDS spielt im Wahlkampf der ÖkoLinX/ARL eine zentrale Rolle. Die Polemik gegen die Politik der PDS steht im Zusammenhang mit den bekannten Äußerungen aus Berlin zur Einwanderungspolitik, deutscher Nation, Militär-Einsätze der UN etc. Diese Kritik findet zwar im Frankfurter Wahlprogramm der PDS keine unmittelbaren Ansatzpunkte, dennoch sind die konzeptionellen Differenzen zwischen einer reformorientierten Politik, die tendenziell mitregieren will, und der Konzentration auf die Propagierung von Widerstands-Symbolik („Offene Gren-



Eberhard Dähne



Aus dem Kommunalwahlprogramm der PDS Frankfurt:

... In Frankfurt, einer Stadt mit einem Anteil von ca. 180 Tausend Menschen ohne deutschen Pass, leben eingewanderte und deutsche Bevölkerung seit Jahrzehnten friedlich zusammen. Die EinwanderInnen, die auf Dauer hier leben, können nicht länger rechtloser Bestandteil dieser Gesellschaft sein. ... InländerInnen ohne deutschen Pass, die hier geboren oder aufgewachsen sind oder ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik gefunden haben, dürfen nicht dem rassistischen und diskriminierenden Ausländergesetz unterstellt werden ... InländerInnen mit deutschem Pass müssen endlich akzeptieren, dass die Bundesrepublik ein Land ist, in das Einwanderung stattfand und auch weiter stattfinden wird. Diese Tatsache zu akzeptieren bedeutet ... einschneidende Konsequenzen z. B. für die Bildungs-, Sozial und Innenpolitik. Die vielgeforderte Integration der nichtdeutschen Bevölkerung in eine vermeintlich homogene deutsche Gesellschaft kann nicht Ziel sein. Integration erfordert Bewegung und Bereitschaft zur Veränderung von allen, die in dieser Gesellschaft leben ...

Aus dem „Manifest“ von ÖkoLinX-Antirassistische Liste:

... Rassismus und Antisemitismus, die Ideologie von der angeblichen Überlegenheit mancher Menschen und der vermeintlichen Minderwertigkeit anderer, durchdringt die bundesdeutsche Gesellschaft. Rassistische Gewalt bis hin zu Mord ist Alltag in diesem Land. Der offene Antisemitismus nimmt zu. Dieses gesellschaftliche Hassklima ist breit verankert, bis hinein in die etablierten Parteien. Es gibt einen Wettkampf, wer am feindlichsten gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen auftritt. CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne und nun auch die PDS verlangen von MigrantInnen, dass sie ihre „Nützlichkeit“ nachweisen ...



Schulen auf Leistungskurs bringen

„ Das vorhandene und zukünftige Humankapital ist für eine Metropole wie Hamburg von entscheidender Bedeutung. Wer gute Arbeitskräfte akquirieren und binden will, benötigt gute Schulen für seine Kinder.“

(Aus: Hamburger Wirtschaft)

Staatsmonopolistischer Kapitalismus in Hamburg?

Handelskammer fordert Privatisierung der Schulen

HAMBURG. Pünktlich zum Schulhalbjahr und vor dem Bürgerschaftswahlkampf mischt sich die Handelskammer Hamburg mit drastischen Forderungen in die Schulpolitik ein. Ihr Hauptgeschäftsführer, Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz, stellte eine neue Kammerstudie „Schulen auf Leistungskurs bringen“ vor. Darin fordert die Handelskammer eine „längerfristige Fundamentalkorrektur“ und schlägt verschiedene Schritte zur „kurzfristigen Systembehandlung“ vor. Langfristig fordert sie die völlige Privatisierung des Schulbetriebes. Jeder soll danach eine Schul-Firma gründen und sich mit angestellten Lehrkräften um eine Lizenz zum Betrieb einer Haupt- oder Realschule oder eines Gymnasiums bewerben können, wobei die Schulbehörde die Standards setzt, regelmäßig die Leistungen der Schulen in Rangfolgenlisten (Ranking) veröffentlicht und an alle Eltern Bildungsgutscheine in Höhe von 12.000 DM – so viel gibt Hamburg pro Schüler und Jahr aus – verteilt. Diese können die Eltern dann bei einer Schule ihrer Wahl einlösen. Vorbild ist für die Handelskammer England. Vom Hamburger Senat und der Kultusministerkonferenz (KMKI) verlangt Schmidt-Trenz einen Modellversuch in Hamburg. Kurzfristig fordert die Handelskammer auf dem Weg zu Markt und Wettbewerb im Schulwesen neun Punkte zur Symptombehandlung:

- flächendeckende Einführung der Schnellläufer-Abiturklassen (12 Jahre bis zum Abitur)
- Schulfach Wirtschaft für alle
- mehr Wirtschaftskunde in der Lehrerausbildung
- stärkere Reglementierung der Lehrerausbildung – und diese grundsätzlich in den Schulferien

- ein Abiturprüfungs fach mehr und einen zusätzlichen Leistungskurs
- generell Abitur nach 12 Jahren
- Einführung sogenannte „Kopfnoten“, das heißt standardisierte Aussagen im Zeugnis über das Arbeits- und Sozialverhalten
- Befragung der Eltern über das Lehrer verhalten und zunehmend Bezahlung der LehrerInnen entsprechend deren Ergebnisse.

Zu diesen Forderungen sind vier grund sätzliche Anmerkungen nötig:

1. Die ideologisch-reduktionistische Sichtweise des Handelskammer-Geschäftsführers, die ganze Welt, die Stadt Hamburg und soziale Prozesse wie die Bildung nur noch als Warenbeziehungen wahrzunehmen, wird unerträglich. Das

GEW Hamburg

Zu dem Vorschlag der Handelskammer stellt die GEW Folgendes fest:

Nach Vorstellung der Handelskammer sollen die Eltern über die zur Verfügung stellung von Bildungsgutscheinen über das Wohl und Wehe der schulischen Bildung ihrer Kinder entscheiden können. Damit wäre der Anspruch nach schulischer Chancengleichheit endgültig begraben, insofern als bildungsnahe Elternhäuser vermutlich andere Entscheidungen bezüglich der schulischen Bildung ihrer Kinder treffen werden als bildungsferne Elternhäuser. In letzter Konsequenz kann dies den Ausschluss sozial benachteiligter Kinder von qualifizierter schulischer Bildung bedeuten. Des Weiteren würde das hohe soziale Gut der Schulpflicht

zen“) auch hier deutlich. Die PDS kündigt in ihrer Wahlpropaganda an, dass ihre MandatsträgerInnen offene Foren veranstalten werden, wo die in den Kommunalparlamenten vorgetragenen Anträge und Anfragen diskutiert werden können.

Die Geschäftsordnung des Stadtparlaments lässt es (bis jetzt) zu, dass sich die VertreterInnen von kleinen Parteien und Listen auch dann zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen können, wenn sie allein den Fraktionsstatus nicht erreichen. Es gäbe also durchaus Formen, in denen eine Zusammenarbeit entwickelt werden könnte.

Auf jeden Fall wird das Wahlergebnis Anhaltspunkte dafür liefern, wie es für eine aussichtsreiche linke Bündnispolitik bei Kommunalwahlen in westdeutschen Großstädten weitergehen könnte.

ola

SchülerInnenkammer Hamburg

zu den Forderungen der Handelskammer an die Bildungspolitik

Die Handelskammer fordert in einem kürzlich vorgelegten Papier u. a. die Privatisierung der Hamburger Schulen. Dies steht konträr zu der von uns befürworteten integrativen Schulpolitik. Eine Privatisierung hätte die Herausbildung von Eliteschulen auf der einen und Schulen mit SchülerInnen niedriger sozialer Schicht auf der anderen Seite zur Folge, was entgegen der Idee der „Schule für alle“, der Gesamtschule, steht. Die Forderung nach kurzfristiger Stärkung der Gymnasien bestätigt diese Befürchtungen. Dazu kommt die von der Handelskammer geforderte stärkere Begabtenförderung und die Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre. Unter anderem mit diesen Instrumenten soll die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger AbiturientInnen gesteigert werden.

Doch Schule bedeutet unserer Ansicht nach mehr als das Lernen für den Beruf. Gerade in einer multikulturellen Großstadt wie Hamburg muss darauf geachtet werden, dass alle Kinder und Jugendlichen gemäß ihren Begabungen gefordert und gefördert werden. Zudem ist es wichtig, dass SchülerInnen nicht von Vornherein in „ihre“ soziale Schicht gestoßen werden, sondern gemeinsam mit anderen lernen können.

Das Arbeits- und Sozialverhalten der SchülerInnen ist so unterschiedlich und individuell geprägt, dass sie nicht objektiv bewertet werden können. Daher lehnen wir die Forderung der Handelskammer nach Kopfnoten generell ab. Die Handelskammer kritisiert das Verhältnis von zu hohen Kosten für die Schule in Hamburg zu den Ergebnissen diverser Leistungsvergleiche, und vergisst dabei, dass in einer Millionenstadt wie Hamburg viel mehr Probleme, seien sie kultureller, finanzieller oder anderer Natur, existieren. Hamburg hat vor allem im Bereich der Integration von sozial Be-

nachteiligten eine große Aufgabe wahrzunehmen, die auch größere, aber notwendige Kosten verursacht.

Eine einseitige Beschränkung auf die Förderung „leistungsstarker“ SchülerInnen wäre daher als großer Rückschritt anzusehen.

„Die Schule soll durch die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten die Entfaltung der Person und die Selbständigkeit ihrer Entscheidungen und Handlungen so fördern, dass die Schülerinnen und Schüler aktiv am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können.“ So lautet ein Ausschnitt aus dem „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ aus dem Hamburgischen Schulgesetz. Die Forderungen der Handelskammer hingegen verlangen eine einseitige Orientierung der schulischen Bildung an der Wirtschaft.

Daher sind diese Forderungen nicht hinnehmbar.

Beschlossen am 13.02.2001

Bürgertum vor 200 Jahren wusste es besser: Aus gutem Grund, nämlich um das System überhaupt aufrechtzuerhalten, hatte es in der französischen Revolution ein staatliches Bildungswesen etabliert. Die Bildungsprozesse der nachwachsenden Generation sollten bewusst aus der Konkurrenz der Einzelkapitalisten herausgenommen werden, um Mindeststandards für alle, für die Erziehung der Staatsbürger, der Citoyens, zu garantieren. Markt und Konkurrenz richten eben bekanntlich nicht alles. Zwar taten sich schon damals Hamburgs Pfeffersäcke und Sklavenhändler, die Hamburger Kaufleute, schwer, indem sie als letztes deutsches Land ein staatliches allgemeinbildendes Schulwesen einführten. Aber immerhin: Sie taten es. Schmidt-Trenz will nun hinter die Ergebnisse der

französischen Revolution zurück. Das ist mittelalterlich und rückschrittlich. Selbst der Verweis auf England sticht nicht: Auch Schmidt-Trenz dürfte wissen, dass dort und in den USA, wo nach dem System mit Bildungsgutscheinen sowohl das Bildungsniveau wie die soziale Polarisierung unerträglich geworden sind, gerade zusätzliche staatliche Bildungsinvestitionen nötig geworden sind.

2. Die Handelskammer, als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Regelung der Belange der Unternehmen, sollte aufhören, ein allgemeines politisches Mandat zu beanspruchen – sonst müsste man es den Studentenschaften und der SchülerInnenkammer auch gewähren. Gerade dies aber wird von der Handelskammer bestritten. Stattdessen sollte die Handelskammer erst einmal ihre „Hausauf-

in Deutschland in Frage gestellt.

Schon 1997 hat der Autor des Handelskammerberichtes Schmidt-Trenz dargelegt, dass Bildung ein Produkt sei, das die Schüler den Arbeitgebern anbieten müssen. Wenn das Produkt mangelhaft sei, sinkt das Interesse der Arbeitgeber. Weiter forderte er, dass die Schule die Schüler hauptsächlich darauf vorbereiten müsse, ein Arbeitseinkommen zu erzielen. Dieser Gedanke wird in dem aktuellen Vorstoß konsequent weiter verfolgt: Die Bildung als Produkt, das der Wirtschaft anzubieten sei. Nachfrage und Wettbewerb regelt die Bildungschancen. Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dieses: Allein der Bedarf und die Anzahl an von der Wirtschaft definierten qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entscheidet über die indi-

viduellen Bildungschancen. Nach dieser Kosten-Nutzen-Logik ist es ausgesprochen ineffektiv, Menschen, die nicht für die Wirtschaft nutzbar sind, umfassend zu bilden. Hier wird nicht nur mit einem Schlag abgerückt von einem humanistischen Bildungsbegriff, der die allseitige Persönlichkeitsentfaltung zum Ziel hat, darüber hinaus wird in Frage gestellt, ob sich Bildung für diejenigen Menschen, die der Wirtschaft nicht unmittelbar nutzen, noch lohnt. So ist es auch nur konsequent, dass sich die konkreten Vorschläge der Handelskammer ausschließlich auf SchülerInnen beziehen, die höherwertige Bildungsabschlüsse anstreben. Das drängende Problem der SchülerInnen ohne Abschluss kommt bei der Handelskammer überhaupt nicht vor.

Aus der Erklärung der GEW (2.2.)

gaben“ machen: Wer es nicht schafft, die Mitgliedsbetriebe dazu zu bringen, genügend Ausbildungsplätze für Lehrlinge zur Verfügung zu stellen und bei der Zwangsarbeiterentschädigung nur 350 von 5.500 angeschriebenen Firmen zur Erfüllung ihrer politisch-moralischen Pflicht zu veranlassen, sollte lieber schweigen, anderen Belehrungen zukommen zu lassen.

3. Hamburg hat – als bundesweite Besonderheit – Rathaus und Börse unter einem Dach. Das ist bekanntlich mehr als Symbolik. „Im Rathaus passiert nichts, was die Elbchaussee nicht will“, heißt es. Offensichtlich hat sich die Handelskammer, als vor Jahren erstmals ein SPD/GAL-Senat gebildet wurde und sie landauf landab vor Chaos und Linksruß gewarnt hatte, auf ein anderes Verhältnis zum Senat eingestellt: Schon vor Jahresfrist hat sie die Senatspolitik überwiegend als wirtschafts- und standortfreundlich gelobt. Nur in der Verkehrs- und Bildungspolitik hat sie Kritik geübt. Jetzt sagt sie rechzeitig vor der Wahl, wo es langgehen soll. Eigentlich für Sozialdemokraten ein Alarmzeichen und ein Signal zu prüfen, ob noch sozialdemokratische reformistische Politik gemacht wird. Aber davon keine Spur: Die Kommentare aus Senatskreisen zu diesem Handelskammer-Vorstoß sind beschwichtigend-defensiv. Man gehe doch schon in die von der Handelskammer gewünschte Richtung, heißt es. Eher beleidigt, dass die Hamburger Senatspolitik verkannt würde. Man täte schon alles zur Standortsicherung.

4. Und es ist kein Zufall, dass dieser systemsprengende Vorstoß gerade in Hamburg unternommen wird. Ist doch Hamburg still und leise reibungslos in den letzten Jahren zum Musterländle einer

→ „neuen Politik der Mitte“ mutiert. Das lässt sich an der Bildungspolitik deutlich machen: Die Berufsschulen wurden dem Amt für Berufsbildung zugeschlagen, um Sportunterricht erleichtert (outgesourct) und der Unterricht zusammengedrängt – wie es „die Wirtschaft“ wollte. Flächen-deckende standardisierte Evaluation in Form der IAV-Massentests wurden eingeführt (Raab: „empirische Wende“) mit der Folge, Schnellläuferklassen einzuführen und Notenschwellen anzuheben. Als erstes Bundesland wurden alle Schulen mit Computer-Hardware ausgestattet, die Lehrerfortbildung von über 12.000 LehrerInnen an einen Global Player, nämlich INTEL, vergeben, in den Ferien zu absolvieren. Sponsoring im großen Stil wurde durch neue Richtlinien ermöglicht, die Budgetierung in zahlreichen Bereichen eingeführt. Schrittweise wird nun zum Personalmanagement an den Schulen übergegangen. In den Kitas wird die Einführung der Kita-Card als eine Art Gutscheinsystem vorbereitet. In den Schulleiterfindungsausschüssen wirken erstmals Wirtschaftsvertreter mit. Seit 1997 bietet die Handelskammer für Lehrer in den Herbstferien ein Betriebspaktkum an. Bezeichnend ist, dass in der berichtenden Informationsbroschüre der Handelskammer Gewerkschaften und Betriebsräte überhaupt nicht vorkommen – insofern unterscheidet es sich vom Ansatz her von den Lehrerbetriebspaktkum, die seinerzeit das staatliche Institut für Lehrerfortbildung durchführte. Fragen des Gewinns und der Investitionen werden gar nicht thematisiert. Offensichtlich hält es die Handelskammer für an der Zeit, in die Offensive zu gehen und, da schon alle Elemente einer public-private-partnership in der Bildungspolitik angelegt sind, jetzt den nächsten Vorstoß zu wagen – nämlich die Privatisierung der Bildung, der Schulen zu fordern. Das greift offensiv in die Inhalte ein: Ein Fach Wirtschaft wird gefordert, wobei User-Wissen und Konsumentenerziehung sowie einfache Wirtschaftskunde nach den Lehrbüchern verlangt wird. Von kritischer politisch-ökonomischer Grundbildung ist nicht die Rede. Historische Ansätze der Arbeitslehre-Diskussion werden einfach ignoriert. Es geht der Handelskammer nicht um Befähigung zur Mitbestimmung und zu staatsbürgerlich-emanzipatives Engagement. Eigentlich müsste der Vorstoß der Handelskammer von SPD und GAL als interessengeleitete Klientelpolitik zurückgewiesen werden unter Bezug auf die Verantwortung für die Heranwachsenden. Wird aber nicht – so bleibt es der kritischen Öffentlichkeit vorbehalten, dieses Ansinnen zurückzuweisen und – wie es der DGB Kreis Hamburg in seiner ablehnenden Stellungnahme vom 1.2. getan hat – auf den umfassenden anderen Bildungsbegriff des öffentlichen Bildungswesens hinzuweisen.

Horst Bethge, Bildungspolitischer Sprecher der PDS

Niedersachsen: Stoppt den Bildungsklau!

Statt staatlich garantierter Bildung für alle: kommerzialisierte Zweiklassenbildung

„Oberstufenreform“ und „Turboabitur“

Im Sommer 2001 soll die „Oberstufenreform“ in Niedersachsen in Kraft treten. Ziel der „Reform“ sollen laut Kultusminister Göttrik Wewer „Chancengleichheit und Leistungsorientierung“ sein. Außerdem soll die Abiturientenquote gesteigert werden. Während in Baden-Württemberg beispielsweise 29,6% der SchülerInnen Abitur machen und in Hamburg sogar 33,4%, liegt Niedersachsen mit 25,9% der SchülerInnen unter dem Bundesdurchschnitt. Ministerpräsident Gabriel will diesen Anteil auf 40 % steigern und schlug zur Erreichung dieses Ziels sogar ein „Turboabitur“ nach sechs Jahren Gymnasium vor.

Mit der „Oberstufenreform“ 2001 soll eine sogenannte „Profioberstufe“ erreicht werden: Die SchülerInnen müssen sich für ein „Profil“ aus vier Fächern im Block entscheiden. Dabei sind naturwissenschaftliche Fächer jeweils aneinander gebunden. Hiermit soll erreicht werden, dass Naturwissenschaften und Mathematik beim Abitur eine größere Rolle spielen als bisher.

Viele SchülerInnen sehen darin aber eine Einschränkung ihrer Entscheidungsfreiheit und auch die Stufenleiter der Gesamtschulen kritisieren die „Eingang der Schüler“ und eine „zu frühe Spezialisierung“. „Dies widerspricht der gesellschaftlichen Forderung nach einer besseren Allgemeinbildung“, sagte der Sprecher der Gesamtschullehrer, Walther Engel, laut „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ (HAZ) vom 2.1.2001. Die Stufenleiter und Koordinatoren aus den Gesamtschulen seien in die Vorbereitung der „Reform“ nicht ausreichend eingebunden gewesen. Außerdem sei die „Ober-

stufenreform“ ein Rückschritt vom Kursystem zum alten Klassensystem, kritisiert Engel.

Anstatt auf mangelhafte Ausbildung und Schwächen im Schulsystem zu reagieren, indem mehr Geld für Bildung bereit gestellt, mehr LehrerInnen eingestellt, Unterrichtsausfall abgebaut und die Qualität der Bildung verbessert wird, reagiert die Landesregierung, indem sie die Verantwortung auf die Schulen, die LehrerInnen und vor allem die SchülerInnen abwälzt. Die SchülerInnen sollen mehr und schneller lernen, die LehrerInnen besser arbeiten und die Schulen sollen sich effizienter machen und ihre Strukturen verbessern – natürlich aus eigener Kraft und mit den vorhandenen Mitteln, ... die Schulen brauchen mehr Wettbewerb“, verlangt Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper. Der hannoversche SPD-Landtagsabgeordnete und Bildungsexperte Walter Meinholt forderte gar, die Schule müsse „zum Dienstleistungsunternehmen umgebaut“ werden.

Kampf den „Kopfnoten“

Bereits zu Beginn des Schuljahres im Sommer 2000 wurden sogenannte „Kopfnoten“ an Niedersachsens Schulen eingeführt. Dies hatte zunächst die CDU bundesweit in einer heftig populistischen Kampagne gefordert, schließlich hatte die niedersächsische Landesregierung die Forderung übernommen und umgesetzt. Mit den „Kopfnoten“ wird das Verhalten von SchülerInnen bewertet. Leistungsbereitschaft, Kooperation, Ausdauer und Verlässlichkeit von SchülerInnen wird im Zeugnis schriftlich beurteilt.

„Damit wollen wir die Schüler darauf aufmerksam machen, dass es nicht nur auf Fachwissen ankommt, sondern auch

Widerstand

Nachrichten aus der Region Hannover Nr. 2 · Februar 2001 DM 1,50/€ 0,77

Gesundheitspolitik unter Rot-Grün: Bericht S. 4

Impressum:

UnterstützerInnen: BWK LandesAG, Geschichtswerkstatt Hannover e.V., PDS KV Hannover, ['solid], Mitglieder der VVN/BdA. Ferner Einzelpersonen aus Hannover und weitere AutorInnen aus der Region.

V.i.S.d.P.: Robert Niemann

Preis im Postabo/Jahr: 25 DM

Förderabo: 35 DM

Leute ohne Einkommen: 15 DM

Druck: Uni Druck Hannover

Postadresse: c/o ['solid], Struckmeyerstr. 9, 30451 Hannover

Ressortverantwortliche:

- Kommunales, Region, Land : ron
- Gewerkschaften / Konzerne : kar
- Antifa etc.: anr - Jugend : ['ollie]
- Termine : mow - Letzte Seite : ron
- Vertrieb : HR, maa

Nächster Redaktionstermin: Mittwoch., 07.02.01, Büro ['solid], 18h

auf soziale, personale und methodische Kompetenz“, sagte Jürgens-Pieper in einem HAZ-Interview.

Die Gefahr einer Auslese der ohnehin leistungsstarken SchülerInnen sieht die Kultusministerin angeblich nicht, da es sich „... ja nicht um herkömmliche Noten, sondern um ausformulierte Bemerkungen“ handelt.

Doch auch die „Kopfnoten“ dienen dazu, die Verantwortung für Missstände, die aus Mängeln des Bildungssystems resultieren, auf die Betroffenen abzuwälzen. Außerdem fördern sie Anpassungsbereitschaft und Opportunismus bei den SchülerInnen und können schnell auch zu Stigmatisierungen führen.

„Kopfnoten“ sind ein populistischer Versuch der Disziplinierung und haben weitaus mehr negative Folgen als positive Auswirkungen.

Auch der Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen (VBE Nds.) kritisiert die Einführung der „Kopfnoten“:

„Die mit der Ergänzung von Angaben zum Arbeitsverhalten und zum Sozialverhalten intendierten Ziele, sofern sie überhaupt erkennbar sind, können nach Ansicht des VBE nicht erreicht werden“, heißt es in einer Erklärung. Darüber hinaus müsse die Frage gestellt werden, für wen die Angaben gedacht seien. „Wenn seitens der Schule Anstrengungen zur Verbesserung des Arbeits- und Sozialverhaltens bisher erfolglos geblieben sind, dann kann eine Bemerkung der kritischen Art im Zeugnis kaum zu dem gewünschten Erfolg führen...“ Sie kann dann höchstens zum schulinternen Frustabbau beitragen.

Teures Modell statt Geld für Bildung

Auch am Beispiel des Modells der „verlässlichen Grundschule“ zeigt sich, wie versucht wird, die Lösung drängender Probleme, wie zum Beispiel Lehrermangel, zu umgehen.

Der Bezirksrat Ricklingen beschloß zu Beginn des Jahres die Einführung der „verlässlichen Grundschule“ für den Stadtteil. Ab dem zweiten Halbjahr des laufenden Schuljahres wird eine zusätzliche Betreuung der GrundschülerInnen an zwei Schulen beginnen. Im Jahr 2003 müssen alle Grundschulen die „verlässliche Grundschule“ eingerichtet haben. Die Lehrerstunden zahlt das Kultusministerium, doch zusätzlichen Personalbedarf sollen die Grundschulen mit Jobs auf 620 DM-Basis abdecken. Ca. 1,02 Mio. DM kostet die Stadt Hannover die Einführung der „verlässlichen Grundschule“ im ersten Jahr, die laufenden Kosten sollen laut HAZ jährlich bei 680 000 DM liegen.

Der Vorsitzende des Stadtelternbeirates, Hans-Dieter Keil-Süllow sagte gegenüber der HAZ: „Hätten die Schulen ausreichend Lehrer und zusätzlich eine Verwaltungskraft, wäre die Betreuung der Kinder gewährleistet – und zwar mit weniger Aufwand.“ *ollie*

Aus: Widerstand, Hannover, siehe links.

Ein städtisches Amt für Verbraucherschutz? MÜNCHEN. Können die Interessen der Münchner Verbraucherinnen und Verbraucher am besten durch die Einrichtung eines eigenen städtischen Amtes geschützt werden? Diese Frage hat nun die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste aufgeworfen. In einem Antrag vom 12. Februar wird um Auskunft gebeten, welche Verwaltungseinheiten über die Referate hinweg mit dem Thema Gesundheit, Verbraucherschutz, Ernährung (sberatung) und Kontrolle im Gesundheits- und Hygienewesen im weitesten Sinne zu tun haben, und welche Aufgaben und Kompetenzen in einem Verbraucherschutzamt sinnvollerweise zusammengeführt werden können.

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Viterra-Skandal: Mieter bei Aufklärung unterstützen! ESSEN. Eine vollständige, umfassende Aufklärung und die Unterstützung der betroffenen Mieterinnen und Mieter durch die Stadt Essen fordert die PDS-Gruppe im Rat nach dem neuen Viterra-Skandal. Landesbauminister Vesper hat Anfang Februar die Ergebnisse einer Überprüfung der Berechnung der von der Viterra verlangten Kostenmieten bei über 1.000 Sozialwohnungen veröffentlicht. Danach gab es in allen Fällen Beanstandungen wegen zum Teil grober Fehler bei der Berechnung der Kostenmieten. Da die Viterra mit einem Wohnungsbestand von rund 12.000 Wohnungen eine der größten Wohnungsbaugesellschaften in Essen ist, sind viele weitere Fälle zu vermuten. Die PDS-Bundestagsfraktion nimmt den erneuten Viterra-Skandal zum Anlass, eine Ausweitung der öffentlichen Kontrollbefugnisse über die Verwendung von Mitteln der öffentlichen Wohnungsbauförderung und der Berechnung von Kostenmieten zu prüfen.

<http://members.tripod.de/pdsgressen/>

Große Koalition im Rat für längere Ladenöffnungszeiten. HANNOVER. Der Vorstoß der City-Gemeinschaft für eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten in der Innenstadt hatte Erfolg. Zwar beschloss der Rat in seiner Sitzung am 18. Januar die Verlängerung des Ladenschlusses auf 20 Uhr nur für den 24. März aus Anlass der CeBit-Messe, weitere fünf Sonnabende in diesem Jahr sind jedoch mit diesem Beschluss vorgrogrammiert. In Anwesenheit von zahlreichen Betriebsräten aus hannoverschen Kaufhäusern kam es zu einer kontroversen politischen Debatte. Vertreter von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen verteidigten dabei den von der Verwaltung eingebrachten Antrag. Es ging doch „nur“ um sechs Sonnabende, der Beschluss sei nötig, um die Attraktivität von Hannovers Innenstadt und den Umsatz des dortigen Einzelhandels zu ver-

bessern. Einzig der Vertreter der PDS, Ulrich Wolf, sprach dagegen. *Widerstand, Nachrichten aus der Region Hannover*

Fragliche Schirmherrschaft über Schlesier-Treffen. NÜRNBERG. Die Landsmannschaft der Oberschlesier hat für ihre Veranstaltung anlässlich der Volksabstimmung in Oberschlesien vor 80 Jahren den Oberbürgermeister Ludwig Scholz (CSU) als Schirmherrn gewonnen. Doch der fühlt sich damit gar nicht mehr wohl, nachdem bekannt wurde, dass die rechtsextreme „Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland“ zum Treffen kommen will. Die Stadt hat sich jetzt mit dem Innenministerium und Verfassungsschutz in Verbindung gesetzt, um etwas über die Bedeutung dieser Gruppe zu erfahren. Falls sie dort einschlägig bekannt ist und die Landsmannschaft sie trotzdem nicht wieder auslädt, kündigte Scholz die Rückgabe der Schirmherrschaft an.

Süddeutsche Zeitung 25.2.2001

Broschüre gegen Rechtsradikalismus. RELLINGEN/SCHL.-HOLSTEIN. In 3000er Auflage will der Kriminalpräventive Rat, der Kreisjugendschützer, der Ortsjugendpfleger, die Gleichstellungsbeauftragte und das Polizeirevier der Gemeinde mit einer „Erziehungshilfe für Eltern“ helfen, rechte Tendenzen bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen. Die Broschüre „ZEITZEICHEN – Rechtsradikalismus ... und was ist das?“ soll auch Lehrer unterstützen zu erkennen, wenn Kinder durch Musik und Mode mit rechtem Gedankengut in Berührung kommen. Das Informationsblatt wird ab Mai kreisweit verteilt. *Elmshorner GegenSätze (rua)*

Forschung über Gemeinden im NS-Staat. AUGSBURG. Mit Personal- und Sachmitteln in Höhe von 144.000 Mark fördert die Volkswagen-Stiftung ein auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt an der Universität Augsburg zur Systemfunktion der Gemeinden im NS-Regime. Trotz der Vielzahl an Forschungen zur Lokal- und Regionalgeschichte des Nationalsozialismus ist der systematische Ort, den die Kommunen seinerzeit einnahmen, nicht ausreichend geklärt. Sie unterlagen zwar einem immer stärker ausgeprägten fortschreitenden Kompetenzverlust und Auszehrung ihrer Verwaltungshoheit, zugleich erfolgte aber während dieser Zeit auf kommunaler Ebene eine beachtliche Ressourcenmobilisierung. Erforscht werden soll auch, wie sich die kommunalen Finanzen im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Erholung während der 30er Jahre und gleichzeitiger Priorität auf der Rüstungswirtschaft konkret entwickelten.

*Augsburger Allgemeine 26.2.2001
Zusammenstellung: baf*

Fremdvergabe in großem Stil

Während der Jahreswende wurden Pläne der Zentrale der Deutschen Post AG bekannt, alle Fahrleistungen, die bisher noch in Eigenleistung betrieben werden, an Spediteure zu vergeben. Betroffen von dieser Maßnahme wären um die 12000 Arbeitskräfte. Begründet wird das Vorhaben vom Postmanagement mit erheblich geringeren Kosten bei Fremd- gegenüber der Eigenleistung.

Im Einzelnen wurden dazu Entlohnungsunterschiede, eine angeblich flexiblere Personaleinsatzplanung und Kostenvorteile für Fahrzeuge, die nicht ausgelastet seien, angegeben.

Die Planungen der Postmanager haben zu ersten spontanen Aktionen von Beschäftigten aus dem Fahrdienst geführt. So hatten Fahrer Ende Januar beim Bezirkstag der DPG in Stuttgart die DPG und ihren Vorsitzenden Kurt van Haaren aufgefordert, die Vorhaben der Postzentrale zu verhindern und den weiteren Ausverkauf der Arbeitsplätze nicht tapferlos hinzunehmen. Kurt van Haaren sagte unter dem Beifall der Delegierten den Beschäftigten im Fahrdienst die Solidarität der DPG zu und bezeichnete die Vorgehensweise des Postvorstandes als verantwortungslos.

Weitere Aktionen gab es in einigen Postniederlassungen und während der Betriebsräteversammlung der Deutschen Post AG am 20. Februar 2001 in Neuss. Weit über 2000 FahrerInnen nahmen an einer Protestkundgebung des DPG-Hauptvorstandes teil.

Aus der ganzen Bundesrepublik kamen die Fahrer zum Swissotel in Neuss, in dem die Betriebsräte der Post ihre Betriebsräteversammlung abhielten. Gemeinsam mit den Postbetriebsräten protestierten sie gegen die beabsichtigte Fremdvergabe des kompletten Fahrdienstes. Während die Fahrer und die Betriebsräte gemeinsam demonstrierten, versteckte sich der Postvorstand mit Dr. Zumwinkel an der Spitze im Swissotel.

Für die Fahrer sprach auf der Kundgebung der Vertrauensmann Uwe Vohwinkel von der Postniederlassung aus Krefeld. Er machte auf die Ängste aufmerksam, die bei den 12000 im Fahrdienst Beschäftigten gegenwärtig vorhanden sind. Vor allem haben sie davor Angst, in die Zustellung zu müssen, mit zum einen einer erheblich höheren Belastung und zum anderen wäre das eben ein völlig anderes Arbeitsgebiet. „Fahrer wollen fahren“, stellte Vohwinkel unter dem Beifall der Anwesenden fest.

Für den Gesamtbetriebsrat der DP AG sprach deren Vorsitzende Maggi Wendt bei der Kundgebung. Sie versicherte den Fahrern die volle Unterstützung aller Betriebsräte bei der Post. Besonders bedenklich sei, so Wendt, dass der Vorstand

noch im Herbst in der unternehmenseigenen Zeitung Stellung bezog gegen den Lohn- und Sozialdumping im Speditionsbereich und keine drei Monate nach dem Börsengang sich diesen selbst zunutze machen will.

Für den Hauptvorstand der DPG stellte Rolf Büttner fest, dass diese Politik auf den entschlossenen Widerstand der DPG treffen wird. Es sei bedenklich, wenn ein Unternehmen, das immer noch im Mehrheitsbesitz des Bundes ist, eine Politik macht, die dazu führt, dass die Sozialversicherungen noch weitere Verluste erleiden. Denn längst habe der ruinöse Wettbewerb im Speditionsgewerbe dazu geführt, dass bereits von Subunternehmen zu Subsubs, übergegangen wird.

Im Februar wurde zwischen der DPG und der Zentrale der Post AG ein Moratorium vereinbart, das eine Aussetzung der Maßnahmen bis zum 31. Mai 2001 vorsieht. In der Zwischenzeit soll versucht werden Verhandlungen zu führen mit dem Ziel eines „sozialverträglichen Umbau des Verkehrs und der Frage künftiger Transporte in Eigenleistungen durch die DP AG“.

Bei Betriebsräten und Fahrern der Post gibt es nun Befürchtungen, dass am Ende dieser Verhandlungen ein ähnlicher Kompromiss wie in der Frage der Fremdvergabe der Briefzustellung stehen könnte. Tatsache ist, dass die Post mit der Drohung der Fremdvergabe von Tausenden Zustellbezirken die Einführung eines neuen Bezahlungssystems ab Januar 2001 erreicht hat, das für alle neue eingestellten und befristeten Kräfte erhebliche Lohneinbußen beinhaltet.

Auch im Fahrdienst sind damit Einstieglöhne von 16 DM in der Stunde vereinbart worden. Doch diese Einsparung reicht den Postmanagern nun offensichtlich nicht aus. Sie verweisen auf andere Arbeitszeitregelungen bei privaten Speditionen und meinen damit, dass es dort wohl keine Betriebsräte gebe ...

Weder die angedrohte Fremdvergabe im Fahrdienst noch die geplante Fremdvergabe der Zustellung war notwendig, weil die Post AG vor dem drohenden Ruin steht. Tatsächlich wurde diese Deutsche Post World Net im Zeitraum von nicht einmal zehn Jahren zum Führenden Logistik Konzern der Welt. In über 220 Länder hält die DP AG Anteile oder eigene Unternehmen. Der erwartete Netto-gewinn für 2000 wird mehr als 2 Mrd. DM betragen. Erreicht wurde das mit einem beispiellosen Personalabbau. Innerhalb von 10 Jahren wurden fast 200 000 Arbeitsplätze abgebaut. Die Arbeitsbelastung und damit die Pro-Kopf-Produktivität wurde um mehr als ein Drittel erhöht. Insbesondere die Belastung in der Zustellung ist enorm angestiegen und führte dazu, dass Tausende Zusteller in die Dienstunfähigkeit gingen oder sich andere Arbeitsplätze suchten. Die Angst vieler Kraftfahrer ist nun groß, dass sie die personellen Engpässe in der Zustellung beheben sollen.

Bayern: Arroganz der Staatsregierung gegenüber den Beschäftigten

Tarifverhandlungen zur Ballungsraumzulage?

Die Tarifverhandlungen über die Ballungsraumzulage für die Arbeiter und Angestellten beim Freistaat Bayern waren am 25.1.2001 im Finanzministerium fortgesetzt worden. Die Gewerkschaften ÖTV und DAG erklärten am 15.2. in München, dass die Arroganz der Bayerischen Staatsregierung kaum zu überbieten sei. Der Geschäftsführer der ÖTV München und Region, Heinrich Birner, dazu: „Normalerweise wird in ernsthaften Verhandlungen von beiden Seiten nach einem tragfähigen Kompromiss gesucht. Nicht so jedoch das bayerische Finanzministerium. Der Verhandlungsführer hatte offensichtlich kein Mandat, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.“

Birner wirft Finanzminister Falthäuser vor, dass er „offensichtlich zuerst bei den Beamten per Gesetz Fakten über die Verschlechterungen schaffen will, um das Ergebnis dann den Arbeitern und Angestellten diktieren“.

Lohnverluste von über 22 Millionen DM

Die Absicht der Bayerischen Staatsregierung würde allein für die Beschäftigten beim Freistaat Bayern Einkommenskürzungen in Höhe von 22 Millionen bedeuten. Dazu kommen noch die Lohnverluste der Arbeitnehmer bei Gemeinden, Kirchen und weiteren Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. In Umlandgemeinden soll die Ballungsraumzulage in mehreren Schritten ganz gestrichen werden. Wer mehr als 4.897,37 DM verdient, soll ebenfalls keine München-Zulage mehr erhalten. ÖTV und DAG fordern, die Ballungsraumzulage wie bisher in München und im Umland weiterzuzahlen und darüber hinaus um 50 DM auf 200 DM anzuheben. Die geforderte Erhöhung begründet Birner damit, dass seit Einführung der Zulage die Lebenshaltungskosten um 25,5 % gestiegen seien.

150 Betriebs- und Personalräte frustriert und verärgert

Zweimal musste sich die Landtagsverwaltung um einen größeren Sitzungsraum bemühen, weil immer mehr ÖTV-Betriebs- und Personalräte und Betroffene der Sitzung des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, in dem das Thema „Fortführung der Ballungsraumzulage für die Beamten des Freistaates“ öffentlich behandelt wurde, beiwohnen wollten. Ca. 150 Zuhörerinnen und Zuhörer erhielten eine Lehrstunde an bayerischer Demokratie, so der stellvertretende Geschäftsführer der Gewerkschaft ÖTV, Kreisverwaltung München und Region, Heribert Weyrich.

Die CSU-Mehrheit im Ausschuss wickelte keinen Millimeter von dem Gesetzesentwurf des Bayerischen Staatsministeri-

ums der Finanzen ab. Die ÖTV-Positionen, Erhöhung und Dynamisierung der Ballungsraumzulage, geographische Abdeckung des gesamten Ballungsraumes München, sowie keine Anrechnung der Ballungsraumzulage für diejenigen, die in einer Staatsbedienstetenwohnung wohnen, wurden von der CSU-Mehrheit niedergestimmt.

Die Petitionen der Betroffenen wurden nicht vor dem Gesetzesentwurf des Finanzministeriums behandelt, sondern auf die nächste Sitzung vertagt. ...Die 150 Zuhörerinnen und Zuhörer verließen frustriert und verärgert die Ausschusssitzung.

(PE, ötv, 8. u. 16. Feb. 01)

**Erklärung der GEW Regensburg zum
Ostkundewettbewerb 2000/2001:**

„Grenzen überwinden“?

Als nach wie vor untragbar empfindet der Vorstand der GEW-Regensburg den alljährlich vom bayerischen Kultusministerium veranstalteten Wettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“. Dessen Slogan „Grenzen überwinden“ können unsere östlichen Nachbarn nur als bedrohlich empfinden.

Zwar trägt der Wettbewerb nicht mehr so deutlich wie früher die Handschrift von Vertriebenenfunktionären, auch der frühere Leitbegriff der „Volksgruppen“, die allüberall im Osten unterdrückt würden, ist durch den weniger belasteten Begriff der Bevölkerungsgruppe ersetzt. Dennoch, und trotz der angeblichen Zielsetzung, die „Grenzen im Kopf“ eines jeden Einzelnen überwinden zu wollen, schürt er weiterhin Ressentiments gegen unsere östlichen Nachbarn, vermittelt er ein einseitiges Geschichtsbild und stellt die ost-europäische Staatenwelt zur Disposition.

Sie erscheinen in den Wettbewerbs- texten als mehr oder minder widernatürliche Gebilde: „Viel bedeutsamer“ als Staatsgrenzen, schreibt Frau Hohlmeier im Vorwort, seien „andere ‚Grenzen‘, etwa wirtschaftliche, sprachliche, ethnische und kulturelle Trennlinien“. Solche durch die osteuropäischen Staaten hindurchgehenden Trennlinien nachzuvollziehen ist eine der Wettbewerbsaufgaben der Schüler. Der von der damaligen Bundesregierung geförderte Zerfall eines in diesem Sinne widernatürlichen, heterogenen und unhistorischen Staates, dem es an „innerer Übereinstimmung“ fehlte, nämlich Jugoslawiens, zeigt, was damit gemeint sein kann. Auf der Heterogenität Jugoslawiens reitet der Wettbewerb denn auch ausgiebig herum. Dabei versäumt er es auch nicht, auf ehemals deutsch besiedelte Gebiete hinzuweisen und auf die Vertreibung der deutschen Bevölkerung von dort. Auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Polen wird behandelt, die gleichermaßen

Hitler und Stalin und dann den westlichen Siegermächten zugeschrieben wird. Natürlich gibt es nur die deutschen Bezeichnungen der Städte in den ehemaligen Ostgebieten des Reiches, und nach der deutschen Bezeichnung einer Stadt am Unterlauf der Oder, wo eine „historische Landschaft“ von der „Oder-Neiße-Grenze durchschnitten“ werde, wird ausdrücklich so gefragt.

Was die historischen Auseinandersetzungen angeht, die der Schüler als Ursache für solche Unerträglichkeiten sucht, so bietet ihm der Text zwar die polnischen Teilungen an, deren Urheber er aber hinter der Formel „aggressive Nachbarn“ verbirgt, außerdem den „dritten Aufstand“, in dem „Polen gewaltsam den Anschluss von ganz Oberschlesien an den polnischen Staat erreichen“ wollten, schließlich die Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbund. Nichts erfährt der Teilnehmer über den deutschen Überfall auf Polen, die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den annexierten Gebieten, die Liquidierung der polnischen Intellektuellen, den verbrecherischen „Generalplan Ost“, die Massenvernichtung der europäischen Juden auf polnischem Gebiet. Der Schüler muss sich auch nicht kundig machen, denn danach ist nicht gefragt.

**Ministerielles Begleitmaterial
„krass unverschämt“**

Eine krasse Unverschämtheit ist das Begleitmaterial, das dem Wettbewerbsteilnehmer in die Hand gedrückt wird: Eine Wandzeitung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zeigt Polen nach dem Wiener Kongress, also nach den Teilungen Polens: als winziges Gebietchen ohne eigene Souveränität. Dann sieht er Polen mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die „heute“ nicht mehr erkennbar sind: Polen ist fett geworden auf Kosten Deutschlands, muss der Unkundige denken. Fotos zeigen das Leid, das Deutschen angetan wurde; der Zweite Weltkrieg kommt auch hier nicht vor.

So trägt der Wettbewerb nicht dazu bei, Grenzen im Kopf zu überwinden; er richtet sie auf. Es ist nicht anzunehmen, dass das so vermittelte Geschichtsbild von irgendeinem Bewohner osteuropäischer Staaten akzeptiert werden könnte. Die Begegnung etwa eines polnischen und eines so indoktrinierten deutschen Schülers dürfte dann im Unfrieden enden, sollten die beiden auf Politik zu sprechen kommen.

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer dazu auf, die Teilnahme an dem Wettbewerb zu verweigern, die darin enthaltene politische Orientierung aber zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

Presseerklärung, verantwortlich: Wolfgang Friedl, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Regensburg, Richard-Wagner-Straße 5, 93055 Regensburg. Tel+Fax 0941/793695, GEWBezOpf@aol.com

Arbeitgeber lehnen neues Behindertenrecht ab. – HB, Dienstag, 20.1.2001. – Die Bundesregierung will das Recht der Rehabilitation und der Teilhabe behinderter Menschen in einem neuen Sozialgesetzbuch zusammenfassen, Behinderte erhalten nach diesem Entwurf z.B. Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenz. Die vorgesehenen Leistungsverbesserungen sollen durch Umschichtungen, nicht durch Leistungsaufstockungen finanziert werden. Die Leistungsausweiterungen müssten unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, forderten die Arbeitgeber.

Wirtschaft warnt vor negativen Auswirkungen der Verbraucherschutzpolitik. – Beim BDI ist man besorgt. Das Vorsorgeprinzip im Verbraucherschutz sei zwar wichtig, erkennt WTO-Experte G. Glania an. Aber wie lässt sich etwa der gewünschte Verbrauch teurer Ökoprodukte in Einklang mit der Einfuhr billiger Lebensmittel aus Drittstaaten bringen? Auch A. Börner, Präsident des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels, warnte davor, dass Deutschland unter dem Deckmantel des Begriffes „Verbraucherschutz“ einen Protektionismus zu Lasten gerade armer Länder fördere.

DIHK-Präsident entdeckt Frauen und Kinder. – HB, Donnerstag, 15.2.2001. – Der neue Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (früher DIHT), L. G. Braun, fordert neben Steuersenkungen und mehr Haushaltssmittel in die Bildungspolitik zu stecken, Frauen seien stärker für das Berufsleben zu mobilisieren. Er sprach sich für „ein Jahrhundert der Frau“ aus. Frauenquoten lehnte Braun allerdings ab. Auch Familienpolitik sei Investitionspolitik. Nur mit Kindern lasse sich der Generationenvertrag erfüllen. Kinderreichtum und Erwerbstätigkeit dürften sich nicht ausschließen.

Mindestlöhne am Bau zwischen Arbeitgeberverbänden umkämpft. – HB, Donnerstag, 13.2.2001. – Die nach hartten Auseinandersetzungen zwischen BDA und der Bauwirtschaft durchgesetzten Mindestlöhne am Bau werden meist nicht eingehalten. Der Vizepräsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, K. Nitzsche, hatte beklagt, dass Betriebe, die konsequent und vorsätzlich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge hinterzögern sowie ihre Arbeitnehmer deutlich unter dem Mindestlohn beschäftigten, viel zu wenig verfolgt würden. Gesetzesverstöße würden nach Erkenntnissen des ZDB kaum geahndet.

Presseauswertung: rst

Die Berliner CDU ist in der Krise – wie reagiert die PDS?

Erst flog auf, daß CDU-Frak-

tionschef Landowsky – gleichzeitig Chef der Berliner Bankgesellschaft – eine Barspende von insgesamt 40 000 DM angenommen und nicht als Parteispende verbucht hat. Wegen der Verquickung von Parteipolitik und Bankpolitik bzw. Immobiliengeschäft kündigte Landowsky inzwischen an, am 23. Mai seinen Posten als Bankchef aufzugeben. Jetzt hat auch noch der Rechnungshof das Finanzgebaren der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus kritisiert. Unter ihrem Chef Landowsky, der in Berlin mit Regierungschef Diepgen seit Jahrzehnten den CDU-Landesverband führt, habe die CDU-Fraktion in den Jahren 1994, 1995 und 1997 Fraktionszuschüsse von 826 000 DM nicht für ihre parlamentarische Arbeit, sondern für Parteienwerbung eingesetzt. Bisher hat die CDU davon nur 364 800 DM an die Landeskasse zurückgezahlt.

Aus der SPD, die schon nach den letzten Wahlen eigentlich mit den Grünen hatte regieren wollen, dann aber wegen ihres katastrophalen Wahlergebnisses wieder in die große Koalition ging, mehrten sich inzwischen die Stimmen, die für ein baldiges Ausscheren aus der großen Koalition sprechen. Spätestens nach den Wahlen 2004 müsse eine neue Koalition her. Der innenpolitische Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus, der Spannender Anwalt Hans-Georg Lorenz, Sprecher des parteiintern als „links“ gehandelten Donnerstagskreises, geht offen davon aus, daß „Sachen herauskommen werden, die zum Bruch der CDU/SPD-Koalition führen“ würden. Das werde sich aber noch länger hinziehen.

Die Grünen, die vor den letzten Abgeordnetenhauswahlen noch jede Koalition unter Beteiligung der PDS ausgeschlossen hatten, haben als kleinste Partei im Abgeordnetenhaus jetzt PDS und SPD zu Gesprächen über eine Ablösung der großen Koalition aufgefordert. Die SPD hat abgewunken.

Auch die PDS reagiert auf solche Avancen eher vorsichtig. In einem Papier unter der etwas an Schaulaufen erinnernden Überschrift „Vor der Kür kommt die Pflicht“ haben die Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Carola Freundl und Harald Wolf, bereits Ende Januar Positionen für die PDS beschrieben. „Erstmals seit ihrer Bildung scheint die Ablösung der großen Koalition zu einer realisierbaren politischen Perspektive zu werden“, heißt es darin gleich zu Beginn. Die Berliner Parteienlandschaft sei in Bewegung geraten. Anzeichen dafür sei auch die (von SPD und Grünen mitgetragene) Wahl einer PDS-Bürgermeisterin im neuen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie eine Annäherung von PDS und SPD im Bezirk Pankow. Aber: „die be-

rechtigte Kritik am Zustand der großen Koalition darf uns nicht den Blick auf die politischen und strategischen Defizite der Reformkräfte (gemeint sind SPD, Grüne und PDS) versperren“. Die PDS habe bis zur nächsten Wahl Zeit, „die politische Substanz für den Wechsel zu erarbeiten“.

Im Einzelnen beschreiben die beiden Fraktionsvorsitzenden dann, wie sie die Rahmenbedingungen und Aufgaben für einen solchen Politikwechsel sehen. Die finanzielle Lage der Stadt sei miserabel, Berlins Steuerkraft liege bei 64 Prozent der Steuerkraft Hamburgs, die Arbeitslosigkeit habe in beiden Teilen der Stadt ostdeutsches Niveau. „Führend ist Berlin allein als ‚Hauptstadt der Putzkolonnen und Privatsheriffs‘, nicht aber bei den produktionsbezogenen Dienstleistungen.“ Etwas nebulös wird dann vor einer sozialen Polarisierung in der Stadt gewarnt und eine „Strategie zur Rekonstruktion wirtschaftlicher Kreisläufe“ gefordert. Unter „Herausforderungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ heißt es stattdessen: „Alle sind sich einig, dass mit den Stichworten Kultur, Bildung, Wissenschaft die großen Zukunftspotentiale Berlins umschrieben sind“. Mehr als „Unis ausbauen, mehr HighTech und Hauptstadtkultur“ ist das auch nicht. Vierneutige PDS-Forderungen wie die nach Senkung der Mehrwertsteuer für Handwerk und personenbezogene Dienstleistungen tauchen überhaupt nicht auf, wie eine andere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik aussehen soll, bleibt im wesentlichen im Dunkeln.

Unter „Projekt Bürgerrechte“ heißt es dann: „Eine Reformalternative muss ‚mehr Demokratie wagen‘“, und: „Das Anpacken der mit der ‚alten‘ Einwanderung und der bisherigen Integrationspolitik verbundenen Probleme wird eine der Voraussetzungen sein, um ein positives Klima in der Stadt gegenüber einer neuen Einwanderungsbewegung zu erzeugen.“ Auch das ist eher nebulös. Wahlrecht für Ausländer? Gleichstellung? Legalisierung der auf bis zu 100 000 geschätzten sogenannten „Illegalen“ in der Stadt? Abschaffung der Abschiebeknäste? Was will die PDS ernstlich?

Richtig ist auf jeden Fall das Fazit: Entscheidend für einen Politikwechsel sei, ob die PDS Inhalte erarbeite und mit den beiden anderen Parteien vereinbaren könne, die auch in der Gesellschaft getragen würden. „Die Grundrichtung ist entscheidend: Mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit, mehr oder weniger innere Liberalität und Bürgerrechte“. Das Papier von Freundl und Wolf zeigt: auch die PDS ist sich noch keineswegs sicher, was sie eigentlich genau in der Stadt gemeinsam mit Grünen und SPD wirklich ändern will. Am 3. März berät der PDS-Landesparteitag über diese und andere Fragen. *rül*

General Agreement On Trade In Services (GATS): Globalisierung und Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen

Wir veröffentlichen im Folgenden den Text von Maria Mies, die bereits das sogenannte M.A.I.-Projekt kritisiert hatte, mit dem die westlichen Industriekonzerne die öffentliche Kontrolle über privates Wirtschaften weitgehend beseitigen wollten. Nachdem sich das M.A.I.-Vorhaben nicht realisieren ließ, wird unter neuem Titel das gleiche Ziel weiterverfolgt.

Es wäre naiv zu glauben, dass die Interessengruppen, die hinter den diversen Freihandelsabkommen und der WTO stehen, nach dem „Fiasko von Seattle“ aufgegeben hätten, die Welt nach ihren Vorstellungen zu „liberalisieren, zu globalisieren und zu privatisieren“. Diese Umstrukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche nach neoliberalen Prinzipien geschieht nicht nur auf großen Weltministertreffen, sondern auch und zwar verstärkt durch die sogenannte „inbuilt agenda“ der WTO. Diese „eingebaute Agenda“ verpflichtet die WTO zwischen den im Dreijahresrhythmus stattfindenden Ministertreffen über bestimmte Freihandelsabkommen weiter zu verhandeln. Dazu gehören u. a. das Abkommen über Agrarhandel (AoA), das Abkommen über Handel mit Intellektuellen Eigentumsrechten (TRIPs) und vor allem das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen: GATS.

Die Verhandlungen über GATS sind trotz des „Fiaskos von Seattle“ ungebrochen weitergegangen. Anders als bei anderen Abkommen ist das GATS in seiner Reichweite und seinen Konsequenzen kaum bekannt. Doch manche Kritiker sagen, das GATS sei die Hintertür, durch die das MAI (Multilaterale Abkommen über Investitionen) wieder auf die Tagesordnung gesetzt würde. Die meisten Menschen denken bei Globalisierung und Liberalisierung von Dienstleistungen nur an elektronischen Handel. Doch unter dem Begriff „Dienstleistungen“ kann fast jede Tätigkeit unter der Sonne verstanden werden, ob es sich um die Arbeit einer privaten Putzfrau handelt oder um Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Unter den Bereich „Dienstleistungen“ fällt ein Riesenspektrum von Tätigkeiten mit Millionen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, angefangen bei den Kommunen, über die Länder bis hin zum Bund. Die vom Neoliberalismus geforderte Freihandelspolitik, die von der WTO garantiert wird, verlangt die Deregulierung (Liberalisierung), Privatisierung und Globalisierung auch dieses Sektors. Welche Konsequenzen die Öffnung dieses Sektors für die BürgerInnen haben wird, was sie für die Umwelt, für die Arbeitsplätze, die allgemeine Da-

Das M.A.I. durch die Hintertür – öffentliche Güter unter privater Kontrolle

seinsvorsorge bedeutet, wird in Deutschland weder von den Parteien noch von den Gewerkschaften angemessen kritisch diskutiert. Die Gewerkschaften thematisieren allenfalls den Verlust von Arbeitsplätzen, der den Privatisierungen in der Regel auf dem Fuße folgt. Sie kümmern sich aber wenig um die anderen negativen Folgen dieser Politik, wie die Unterminierung der Gemeindeautonomie, den Verlust an Demokratie, die Erhöhung von Gebühren und Preisen, die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen und die allgemeine qualitative Verschlechterung der Dienstleistungen. Vor allem ist nicht gewusst, dass die derzeit ablaufende Privatisierungswelle im Dienstleistungssektor deutscher Kommunen etwas mit dem GATS und der WTO zu tun hat. Die meisten Kommunen leiden unter Verschuldung, weniger Steuereinnahmen, hohen Sozialausgaben und suchen nach Möglichkeiten, Teile der kommunalen Dienstleistungsbereiche an private Investoren abzustoßen. Wie wir sahen, sind es zum großen Teil Bereiche der unmittelbaren Daseinsvorsorge: Müllentsorgung, Kläranlagen, Verkehr, Wasser usw. Es ist zwar noch nicht so, dass das GATS bereits von der EU-Kommission, die ja für die EU-Länder bei der WTO verhandelt, unterschrieben worden wäre. Doch, da die angesagte weitere Öffnung des Dienstleistungssektors für den globalen Freihandel Teil der „inbuilt agenda“ der WTO ist, ist es nicht verwunderlich, dass von dort und vor allem auch von den europäischen Industrieblocks, die ihren Einfluss auf die EU-Kommission ausüben, ein starker Druck ausgeht, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu privatisieren. Der Lobbyverband der europäischen Dienstleistungsunternehmen European Services Forum (ESF) hat einen privilegierten Zugang zur EU-Kommission und zur WTO. Das ESF hat im laufenden Jahr bereits über 60 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission und der WTO gehabt. Wie beim gescheiterten MAI gibt es in Deutschland in Bezug auf GATS wieder dieses merkwürdige Gemisch aus Unwissen, Schweigen, Sachzwängen und vorauselendem Glauben und Gehorsam, das dazu führt, dass die derzeitige Privatisierungswelle wie eine naturgesetzliche Notwendigkeit akzeptiert wird, gegen die man nichts machen könne. Wer wissen will, dass das GATS nicht etwas ist wie die Schwerkraft, sondern dass dahinter bestimmte Interessengruppen stehen, und dass die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs auch abgelehnt werden



Ziel von M.A.I. und GATS: Uneingeschränkte Herrschaft der Monopole

kann, tut gut daran, einen Blick über den deutschen Zaun hinaus zu werfen und sich bei den Protestbewegungen in anderen Ländern kundig zu machen.

In Kanada haben vor allem die Städte und Gemeinden zum Widerstand gegen das GATS aufgerufen. Sie sehen im GATS eine Bedrohung der Gemeindeautonomie. Schon während der Anti-MAI-Kampagne hatten sich eine Reihe kanadischer Städte als MAI-frei erklärt. Jetzt hat der Stadtrat von Vancouver eine Resolution verabschiedet, in der das GATS abgelehnt wird. Die Resolution war ein Warnschuss an die Zentralregierung in Ottawa. Denn sie ist es, die mit der WTO verhandelt. Wie beim MAI müssen Abkommen, denen eine nationale Regierung zugestimmt hat, auf allen subnationalen Ebenen eingehalten werden, also auch auf Provinz- (Landes-) oder Kommunalebene. Aus Sorge um ihre Gemeindeautonomie hatte Vancouver schon damals das MAI abgelehnt. Die Resolution von Vancouver soll als Muster für oppositionelle Stadt- oder Gemeinderäte im ganzen Land gelten. Die Hauptforderungen der Resolution sind folgende:

Die Zentralregierung in Ottawa soll eine umfassende Beratung mit der kanadischen Bevölkerung und den gewählten lokalen Volksvertretern führen, ehe sie irgendwelche Entscheidungen bezüglich GATS fällt.

Obwohl sie nicht prinzipiell gegen Freihandel ist, verlangt die Stadt Vancouver, dass der kanadische Premier eine permanente Ausnahme der kanadischen Gemeinden vom GATS verabschiedet und das GATS lediglich auf die nationale Ebene beschränkt, damit die Autorität der lokalen Regierungen, ihre öffentlichen Aufgaben selbst zu regeln, erhalten bleibt.

Die (Provinz-) Regierung von British Columbia (wo Vancouver liegt, M.M.) soll ebenfalls öffentliche Anhörungen veranstalten, um die Auswirkungen von GATS auf die Gemeinden zu überprüfen. Die

Stadt Vancouver verlangt, dass der kanadische Unterhändler bei der WTO den gewählten lokalen Volksvertretern Rede und Antwort stehen müsse.

Der Bund kanadischer Städte und Gemeinden (Städte-Tag) soll ein Team ernennen, das die Verhandlungen über GATS bei der WTO verfolgt und sofort Alarm schlägt, wenn es die geringsten Anzeichen einer Bedrohung der Rechte und der Jurisdiktion der Kommunen feststellt.

Die kanadischen Kommunen fürchten außerdem, dass die großen amerikanischen Konzerne im Gesundheits- und Bildungssektor auch in Kanada US-Verhältnisse schaffen werden, z.B.: „45 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung, die Privatisierung der Gefängnisse ist eine Katastrophe. Wir möchten nicht dieses Wirtschaftsmodell nachahmen, wo nur wirtschaftliche Kräfte dominieren“ (Julien, 2000)

Wenn Dienstleistungen unter die Kontrolle der WTO geraten, dann bedeutet das Billionen Dollar kommerzieller Transaktionen, denn fast jede menschliche Tätigkeit kann als Dienstleistung angesehen werden. Angefangen bei Verkauf, Bau, Architektur, Dekoration, Putz- und Ordnungsdienste, Ingenieurdiensste, Finanz- und Bankdienste, Verwaltung, Verkehr, Post, Telekommunikation, Müllentsorgung, Wasserversorgung, Energieversorgung, Kultur, Bildung und Gesundheitsversorgung, um nur einige Dienstleistungsbereiche zu benennen. Worüber im Rahmen von GATS zur Zeit insbesondere verhandelt wird, ist a) der Gesundheitssektor und b) der Bildungssektor. Es geht um die volle Liberalisierung und das heißt Privatisierung dieser Sektoren. Amerikanische Gesundheitskonzerne stehen schon in den Startlöchern, um in das europäische Gesundheitsgeschäft einzusteigen. Es winken saftige Gewinne. Die europäische Bevölkerung ist überaltert. Die Kosten für Krankenhäuser, medizinische Versorgung und Medikamente explodieren. Allerdings steht in den meisten europäischen Ländern auch noch der Staat einer solchen Privatisierung des Gesundheitssektors im Wege, denn in den meisten europäischen Sozialstaaten ist die Gesundheitsversorgung (noch) Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die amerikanische Handelsministerin Charlene Barshefsky kämpft dafür, dass die Europäer den Gesundheitssektor für Privatisierungen öffnen, mehr Wettbewerb zulassen und die Anwendung der WTO-Klauseln über „Inländerbehandlung“ akzeptieren. Ausländische

Firmen können dann in den Gesundheitssektor einsteigen. Was die Folgen der Liberalisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens, von Krankenhäusern, Pflege- und Betreuungsdiensten, von Verwaltung und öffentlichem Be- schaffungswesen – denn das soll ja auch liberalisiert werden – sein können, ist den meisten Menschen, ja nicht einmal den Politikern heute klar, die dieser Liberalisierung und Privatisierung nach den Vorgaben des GATS, der WTO und der EU-Kommission zustimmen. Einen Vor- geschmack dieser Konsequenzen konnten wir am Beispiel der Privatisierung der Krankenhäuser in Sambia sehen. Die Ar- men werden keine medizinische Grund- versorgung mehr bekommen. Außerdem wird auch der Service in den privatisier- ten Krankenhäusern schlechter werden. Aus einem Bericht aus der Provinz Sas- katchewan in Kanada geht hervor, dass der amerikanische Hotelkettenbesitzer Sodexho-Marriott-Services 1997 den Pflegedienst in den Krankenhäusern von Swift Current übernommen hat. Seither sei nicht nur die Zahl des Pflegepersonals reduziert worden, die verbleibenden Ar- beiterInnen seien unter einen enormen Zeitdruck gesetzt worden und die Pa- tienten bekamen nur noch halb kaltes Es- sen in Plastikbehältern. Die Firma Mar- riott beziehe nichts mehr von lokalen Zu- lieferfirmen, sondern von dort, wo es am billigsten sei. Inzwischen kämpft eine Koalition von Gewerkschaften und Bü- rgerInnen gegen diese Firma, von der sie sich in Geiselhaft genommen fühlen: „Durch ihr parasitäres Verhalten stellt die Firma sicher, dass die Gemeinde am Ende total von ihr abhängt.“ Die AktivistInnen beklagen vor allem, dass die Distrikt-Gesundheitsbehörde dieser amerikanischen Service-Firma den ge- samten Pflegedienst ihrer Stadt übertragen habe, weil dies angeblich „kosten- neutral“ sei. Die BürgerInnen fragen, wo- denn die Verantwortlichen in der Ge- sundheitsbehörde seien. Sie seien wohl alle Schläf mützen. Jedenfalls kämpft die Bürgerinitiative dafür, dass der amerika- nische Service-Multi wieder verschwin- det und der Pflegedienst in den Kran- kenhäusern der Provinz wieder entprivati- siert wird (Gardner, 1998). Ähnliche Konsequenzen würde die Liberalisie- rung und Privatisierung des Bildungs- sektors haben. Wie sie aussehen könnte, darüber haben Tony Clarke und Maude Barlow 1998 schon aus Kanada berich- tet. Amerikanische Bildungskonzerne streben mit Macht danach, den gesamten Bildungssektor, so weit er noch unter der Kontrolle der öffentlichen Hand ist, zu privatisieren. Nach Clarke/Barlow sehen sie in der Industrialisierung der Bildung einen profitablen Markt, nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern. Schon 1998 existierten in Kanada 20.000 Partnerschaften zwischen Schulträgern – meist Gemeinden – oder Education Boards und Privatkonzernen. Zu den multinationalen „Partnern“ gehören AT

& T, IBM, General Electric, Hewlett-Pa- ckard, Unitel, Bell Canada und Northern Telecom. Da viele Schulen finanziell nicht mehr in der Lage sind, eine eigene Cafeteria zu betreiben, sind sie Partner- schaften mit TNKs wie Burger King, Co- ca Cola, McDonalds, Pepsi Co. und Pizza Hut eingegangen. Clarke und Barlow fürchten, dass diese „Partnerschaften“ nicht nur dazu führen können, dass diese Konzerne die Schulen als lukrativen Markt für ihre Werbung und ihre Pro- dakte benutzen werden, sondern dass die Schulbehörden diesen Konzernen z. B. auch keine Auflagen mehr machen dürf- ten, welche Werbung sie in den Schulen verbreiten. Außerdem, wie bei der Priva- tisierung des Gesundheitssektors, dürf- ten, nach GATS, bei der öffentlichen Be- schaffung von Schulmaterial einheimi- sche Firmen nicht mehr bevorzugt wer- den. (Clarke/Barlow, 1997) Wie Erfah- rungen aus dem Hochschulbereich aus den USA zeigen, könnte die Liberalisie- rung und Privatisierung dieses Bereiches außerdem dazu führen, dass Konzerne als Sponsoren oder gar Eigentümer ganzer Fakultäten und Abteilungen auftraten. Was das für die Rekrutierung der Hoch- schullehrer, die Frage der Gebühren, die Gestaltung der Curricula und die Freiheit von Forschung und Lehre allgemein be- deuten würde, kann man sich an fünf Fin- gern ausrechnen. Vor allem hätte die Priva- tisierung und damit die Kommerzialisie- rung des Bildungsbereiches die Folge, dass Schulbildung, vor allem höhere Schulbildung, nicht mehr ein Recht wäre, das für alle gilt, sondern ein Privileg für diejenigen, die sich Bildung leisten könnten. Wer geglaubt hat, der neoliberale Angriff auf kommunale Dienstleis- tungsbetriebe, Selbstverwaltung und die lokale Daseinsfürsorge würde unter so- zialdemokratischen Regierungen in Eu- ropa gestoppt, der sieht sich heute ent- täuscht. Besonders in England unter Tony Blairs „New Labour“ und in Deutsch- land unter Gerhard Schröders SPD ist die Liberalisierung und Privatisierung des kommunalen Dienstleistungssektors schneller vorangeschritten als vorher. George Monbiot weist in seinem neuen Buch „Captive State“ für England aus- führlich nach, wie der Einfluss der gro- ßen Konzerne auf die Regierungspolitik unter Tony Blair enorm zugenommen hat. Durch die Private Finance Initiative (PFI) der Regierung wurden im Gesundheits- bereich private Gesundheitstrusts ge- gründet, deren Ziel es ist, u. a. den Ge- sundheitssektor rein nach Profitge- sichtspunkten umzustrukturieren. Der Erfolg: In Coventry z. B. wurde die Zahl der Krankenhäuser von fünf auf zwei, die Zahl der Betten um 20% reduziert, was einen entsprechenden Abbau von Ar- beitsplätzen nach sich zog.

Skandalöser an dieser Privatisie- rungspolitik in England – so Monbiot – ist jedoch, dass diese Privatisierungen die Steuerzahler 36 Millionen Pfund im Jahr kosten, und zwar über Jahrzehnte hinaus,

weil die Verträge mit den Investoren Laufzeiten zwischen 30 und 60 Jahren haben. In Edinburgh bekommen vier In- vestoren im Gesundheitsbereich 990 Millionen Pfund aus dem öffentlichen Haushalt für ein Projekt, das sonst nur 180 Millionen gekostet hätte. Über ähn- liche Geschäfte berichtet Monbiot in den Bereichen Straßenbau, Stadtentwick- lung, den Bau der Skye-Brücke in Schott- land und vor allem der großen Waren- hausketten. An diesen Fällen wird klar, dass die sozialdemokratische Regierung Englands die Steuergelder benutzt, um die Profitmacherei großer Privatfirmen zu subventionieren (Monbiot, 2000).

Was Monbiot für England festgestellt hat, hat Steven Gorelick schon 1998 all- gemein von der konzerngesteuerten Glo- balisierung gesagt, nämlich, dass Regie- rungen und selbst Kommunen bereit sind, massive Subventionen aus Steuer- geldern an multinationale Konzerne zu zahlen, in der Hoffnung, dass diese sich dann auf ihrem Territorium niederlassen werden (Gorelick, 1998). In Deutschland betreibt die Schröder-Regierung eine ähnliche Politik. Sie wird auch hier oft unter dem Begriff der Private-Public- Partnership diskutiert (vgl. Euroforum Seminar: Privatisierung kommunaler Aufgaben – Rechtsfragen und Lösungs- modelle – Berlin, 6. April, 10. Mai 2000), also einer Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor. Mir sind zur Zeit keine Untersuchungen wie die von Monbiot über die Auswirkungen dieser Politik in Deutschland bekannt. Obwohl inzwischen die negativen Folgen früherer Privatisierungen überall zu be- obachten sind – prominentes Beispiel ist das Fiasko der privatisierten Eisenbahn – wird in Deutschland die Privatisie- rungspolitik öffentlich nicht in Frage ge- stellt. Sie gilt wie ein Naturgesetz. Das Milliardendefizit der privatisierten Bahn AG führt nicht dazu, dass Politiker, Ge- werkschafter und Medien nun einmal grundsätzlich fragten, wieso das Allheil- mittel „Privatisierung“ den Patienten Bahn in so kurzer Zeit in den Tod getrie- ben hat. Nein: Sie sind bereit, weiter zu privatisieren. Jetzt schlägt Herr Meh- dorn, der Chef der Bahn AG vor, Teile der Bahn „an einen ausländischen Investor zu verkaufen.“ Er denkt an einen japani- schen. Das MAI lässt grüßen!

Aus dem Buch von: Maria Mies: „Glo- balisierung von unten“, EVA/Rotbuch- verlag (erscheint Anfang 2001) Quelle : www.geocities.com/kleneba/gats.htm

Literaturhinweise : Julien, Peter 2000, „Council of Canadians“ in: Le Monde, Paris, Les municipalités canadiennes tirent la sonnette d’alarme (Die kanadischen Gemeinden schlagen Alarm zum GATS, 2. Oktober 2000; Gardner, Ellen 1998: „The Gathering Storm: A US-multinational is privatising health care in Saskatchewan, but union members and the community are fighting back“ in: Briarpatch, November 1998; C. Tony & M. Bar- low 1997, MAI – The Multilateral Agreement on Investment and Threat to Canadian Society, To- ronto: Stoddard.

Faszinierende Entwicklungen und eine reaktionäre Utopie

Angeregt durch eine Reihe verschiedener Artikel, die im Sommer vergangenen Jahres im Feuilleton der FAZ erschien, befasste sich der Philosophie-Kurs der Linken Winterschule mit Fragen der „Künstlichen Intelligenz“ (KI). Wir haben versucht, auf der Grundlage verschiedenster Texte Fragestellungen zu erörtern wie: Was ist (menschliche) Intelligenz? Können Maschinen denken? Was sind besondere Merkmale des „Geistigen“ (d.h. Bewusstsein, Intentionalität, Subjektivität)? Und: Welche realen Veränderungen finden durch die Entwicklung „künstlicher Intelligenz“ statt? Welche Motive treiben die Entwicklung voran? Welche Einwände werden vorgebracht? Wie kann bzw. muss sich linke Kritik, die die Emanzipation des Menschen im Auge hat, von konservativer Kritik à la Lebenschützer unterscheiden?

Vieles blieb in der Diskussion noch ungeklärt bzw. kontrovers. Deshalb haben wir beschlossen, uns im Sommer mit dem (Neo-)Positivismus zu befassen, den wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Weltbildes und der Methoden der Naturwissenschaften. Im nächsten Winter dann wollen wir uns Fragen zuwenden, die durch die Entwicklung der Gentechnik aufgeworfen werden.

Außerdem haben wir uns vorgenommen, langsam eine Berichterstattung über die Forschungsentwicklungen und entsprechende Diskussionen aufzubauen. Die folgende Auseinandersetzung mit Ray Kurzweil, „Homo s@piens“, ist ein Beginn. Natürlich sind auch Leserinnen und Leser, die nicht an der Winterschule teilgenommen haben, herzlich eingeladen, sich an der sich hoffentlich entwickelnden Diskussion mit Beiträgen zu beteiligen.

Ray Kurzweil trifft in seinem 1999 erschienenen Buch „Homo s@piens“ (1) eine Reihe provozierender Vorhersagen: Dass Computer Menschen schon bald an Intelligenz übertreffen, dass sie ein eigenes Bewusstsein entwickeln und dass schließlich durch die durch Verschmelzung von menschlicher mit der von Menschen erschaffenen Maschinenintelligenz eine neue Spezies entsteht. Diese Spezies ist potenziell unsterblich, allwissend und allmächtig. Sie lässt, wie Kurzweil sie ausmalt, wenn schon nicht direkt an Gott denken, so doch zumindest stark an die seltsamen Engel des Kirchenvaters Augustinus. (2)

Kurzweil gilt als einer der Pioniere der „Künstlichen Intelligenz“; er hat u.a. so wichtige Erfindungen wie Lesemaschinen für Blinde entwickelt. Seine unbe-

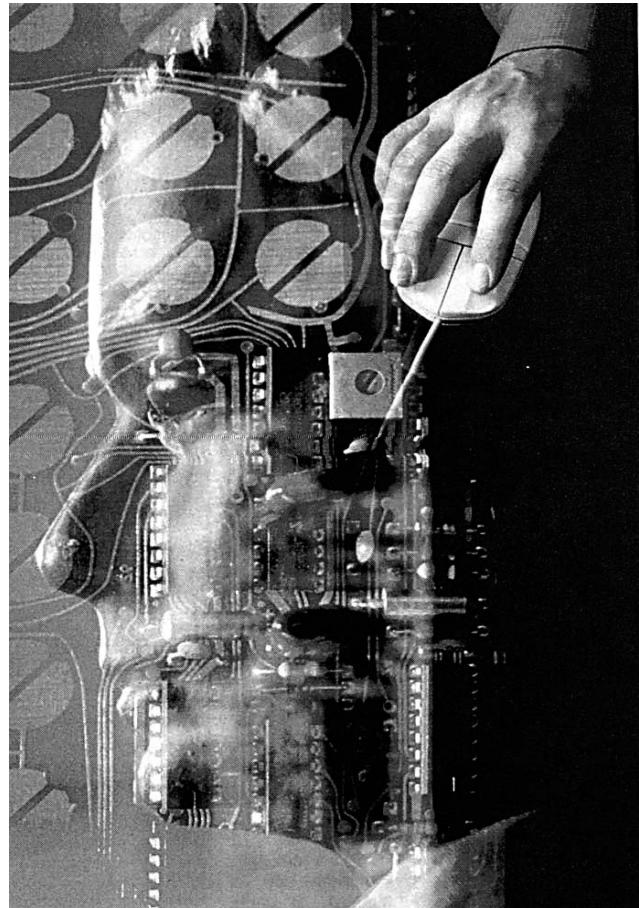
strittene Bedeutung als Naturwissenschaftler verleiht seinen Spekulationen über die Möglichkeiten und Entwicklungsrichtung

„Künstlicher Intelligenz“ Gewicht. Zudem gehörte Kurzweil dem Beraterstab Clintons an. Dieser hatte Anfang Januar 2000 die Nanotechnologie und die Verbindung von Gen- und Computertechnologie zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts erklärt, zu einer „nationalen Initiative“ zu ihrer Förderung aufgerufen und das Budget verdoppelt. (3) Kurzweils Buch kann als eine an eine breite Öffentlichkeit gerichtete Propagandaschrift für diese Initiative gelesen werden, für die die US-Gesellschaft eine Menge menschlicher und finanzieller Ressourcen bereitzustellen hat.

(Nebenbei bemerkt und ein Grund für die Propagandakampagne: Die Zahl der in den USA ausgebildeten Computerwissenschaftler, die im Land bleibt, sinkt seit einiger Zeit deutlich, Japan bildet inzwischen 75% mehr aus als die USA, China sogar 100% mehr.) Ein zentrales Projekt der „nationalen Initiative“ ist, das bleibt bei Kurzweil unausgesprochen, das von der neuen US-Regierung forcierte Raketenabwehrsystem NMD.

Überhaupt ist die militärische Aufrüstung, verbunden mit dem Bestreben, sich von dem unsicheren Faktor Mensch, d.h. dem Soldaten, zu emanzipieren, seit den Anfängen ein gewaltiger Treibsatz für die Entwicklung der KI. KI spielte im Krieg gegen Vietnam und Kambodscha bereits eine große Rolle (4), erst recht im Krieg gegen den Irak Anfang der 90er- und gegen Jugoslawien Ende der 90er-Jahre. Trotzdem wäre es falsch, das Interesse an der KI-Forschung auf den militärischen Aspekt zu reduzieren. Interessant an Kurzweils Spekulationen ist, dass er eine Reihe von Motiven direkt oder indirekt zur Sprache bringt.

Ein allgemeines Motiv ist, ganz im Sinne der „Dialektik der Aufklärung“ (5), die

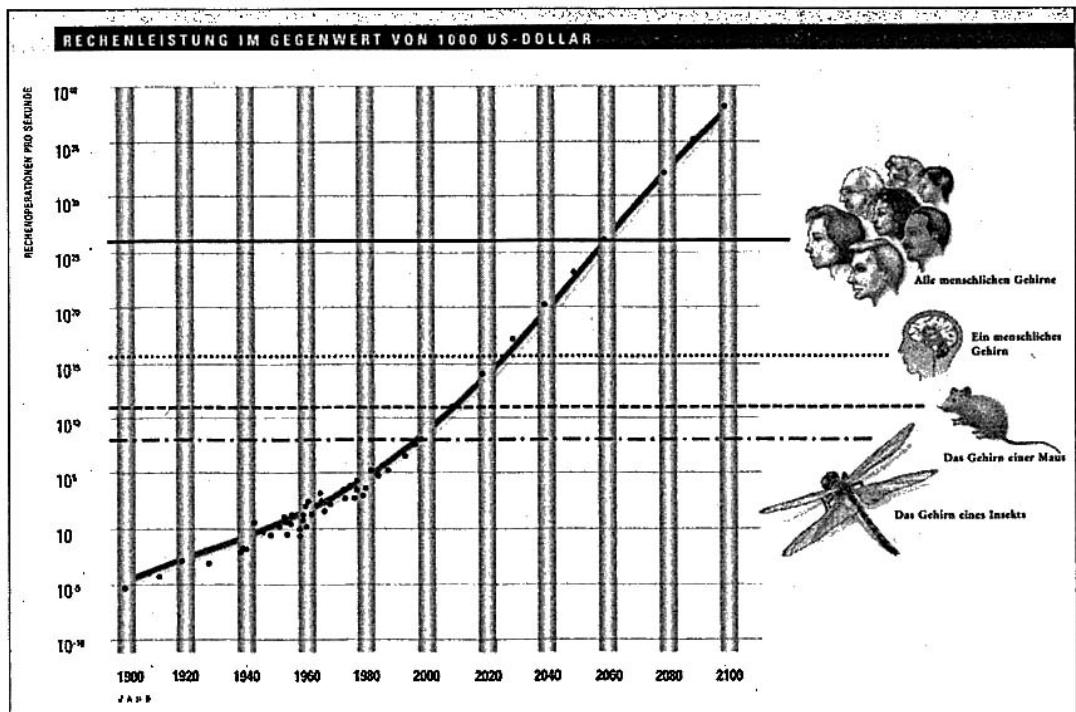


Aus dem Buch "Karl-Heinz Wellmann, Utz Thimm (Hrsg.), Intelligenz zwischen Mensch und Maschine

Angst vor Not und Tod: die Angst der Menschheit vor dem Ende des Universums (Kurzweils Buch endet mit der Aussicht, die Explosion der Intelligenz könnte das Ende des Universums verhindern) und vor allem die Angst des Menschen vor dem Tod, die Sehnsucht nach ewigem Leben. Kurzweil verheißt schon für dieses Jahrhundert: „Eigentlich wird es Ende des 21. Jahrhunderts keine Sterblichkeit mehr geben.“ (205)

Streicht man an den umlaufenden Spekulationen über intelligente Techniken einmal ihre nicht zu knappen religiösen Elemente, bleibt doch, dass sich gewaltige reale Veränderungen des menschlichen Lebens ankündigen.

Um einen ganz wichtigen Bereich zu nennen und ein wichtiges Motiv für die Wissenschaftler und ihre Geldgeber wie für die Gesellschaft: Bei der Bekämpfung von heute noch schwer oder nicht heilbaren Krankheiten spielt – heute schon und erst recht in der Zukunft – „Künstliche Intelligenz“ in Verbindung mit der Biotechnik eine große Rolle, wie auch bei der Aufhebung von Behinderungen durch „intelligente“ Prothetik (überhaupt der allgemeinen Unterstützung der mensch-



DAS EXPONENTIELLE WACHSTUM
DER RECHENLEISTUNG 1900-2100

Spekulativer Verlängerung der technischen Entwicklung von Computern in die Zukunft durch Kurzweil

lichen Sinnes- und anderer Organe) und der Hinauszögerung von Altersungsprozessen. An einer solchen Entwicklung gibt es ein breit gelagertes Interesse, das Menschen in verschiedensten Lebenslagen zusammenbindet und für die Legitimation der Forschung und Entwicklung nicht zu unterschätzen ist.

Ohne auf Kurzweils Verheißungen im Einzelnen einzugehen, zum Beispiel auf die Schaffung virtueller Realitäten, in denen der künftige Mensch mit jedem anderen Menschen kommunizieren und unabhängig von physischer Nähe interagieren werde: Generell bedeutet die Entwicklung der „Künstlichen Intelligenz“ eine große Veränderung des menschlichen Denkens, eine nicht nur quantitative Erweiterung der Wahrnehmung. Das bahnt sich bereits mit dem Internet an, der weltweiten Vernetzung von Abermillionen Menschen. Ob die durch die zukünftigen Entwicklungen bewirkte Veränderung des menschlichen Denkens vergleichbar ist mit den Einschritten in der Menschheitsgeschichte, die die Entwicklung der Sprache mit sich brachte, mit den Umwälzungen des gesellschaftlichen Da-seins des Menschen durch die Erfindung der Schrift (6), später des Papyrus oder dann des Buchdrucks, kann dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall lassen die Techniken der „Künstlichen Intelligenz“ die Gedanken der Menschen ganz anders nach außen treten, lassen sie Allgemeingut werden, d.h. die Gedanken können von anderen in ganz anderem Maße wahrgenommen und angeeignet werden. Kurzweil prognostiziert Erweiterungen der menschlichen Lern-, Denk- und Kommunikationsprozesse z.B. durch neuronale Implantate (Zusammenschluss des Hirns mit „intelligenter“

Technologie), durch direkte neuronale Verbindungen zwischen den Menschen oder durch virtuelles Erleben. Doch irgendwie stimmen seine plastischen Schilderungen zukünftiger Bereicherungen melancholisch, vermitteln zugleich den Eindruck, dass die Menschen diese Erweiterungen mit dem Verlust an sinnlicher Erfahrung und damit auch mit der Verflachung der kreativen Potenzen ihres Denkens bezahlen.

Ein mechanistisches Weltbild und eine zweifelhafte Grundannahme

„Ray Kurzweils Auslegungen vermitteln aber nicht nur Informationen“, schreibt Guillaume Paoli in einem kritischen Beitrag in der FAZ (7), „sondern auch einen bestimmten Ton und eine Denkweise, die es verdienen, genauer betrachtet zu werden.“ Paoli bezieht sich vor allem die Aussage Kurzweils, dass der Sinn des Lebens für ihn darin bestehe, an der Evolution teilzunehmen und Wissen zu produzieren. Tatsächlich beschreibt Kurzweil die von ihm prognostizierte Entwicklung des Untergangs des Menschen zugunsten einer überlegenen Spezies als unausweichliche Gesetzmäßigkeit, als zwangsläufiges Resultat der Evolution. Einer Evolution, die, glaubt man Kurzweil, das Ziel verfolgt, die als Rechenleistung plus Geschwindigkeit verstandene Intelligenz zu entwickeln und dazu in einem unaufhaltsamen Prozess nach dem Prinzip von „Trial and Error“ die je überlebensfähigen „Datenverarbeitungsträger“ zu schaffen. Diese Auffassung prägt sein Weltbild, in dem der Mensch als soziales Subjekt mit Bewusstsein und Willen und das heißt mit der Fähigkeit zu Selbstbestimmung, zu Kritik und Widerstand kei-

nen Platz hat. Zwei besonders eklatante Beispiele für sein reaktionäres Menschenbild:

Obwohl Kurzweil das menschliche Gehirn wegen seiner behaupteten geringen Rechenleistung letztlich gering schätzt, verschließt er sich nicht ganz dem Gedanken, dass man für die „Entwürfe für intelligente Maschinen“ begreifen müsse, wie es funktioniert. Dazu „müssen (wir) also überwinden, was wir noch an Hemmungen haben“. Im Klar- text: Neben nichtinvasiven Untersuchungsmethoden wie der Kernspinresonanz-Tomographie und neben der Untersuchung der Gehirne Verstorbener („offensichtlich nicht das ideale Forschungsobjekt“) spricht er sich für „destruktives Scanning“ von Gehirnen Lebender aus und schlägt dazu vor, „Menschen, die den sicheren Tod vor sich haben, dazu zu bringen“, sich zur Verfügung zu stellen, wie dies im Falle zweier Menschen, darunter eines zum Tode Verurteilten, bereits geschehen sei.

Kurzweil stellt durchaus in Rechnung, dass ein Teil der Menschen an der von ihm propagierten „Verschmelzung“ mit Maschinenintelligenz, die er als Unterordnung des Menschen unter die überlegenen Maschinen denkt, nicht teilhat, vor allem die „Unterschicht“ und die „neoludditische Bewegung“, eine Art moderner „Maschinenstürmer“. Er kann sich deshalb die Entwicklung nur als ungeheure, quasi naturgesetzliche Verschärfung der Ungleichheit denken.

Für das Ende dieses Jahrhunderts sagt er voraus, dass die biologischen Menschen, die darauf verzichteten, sich mit künstlicher Intelligenz aufzurüsten, „nicht mehr in der Lage sind, sinnvoll mit solchen zu kommunizieren“, die techni-

sche Implantate benutzten. Aber ohnehin sollen bis dahin die Menschen, „die noch immer kohlenwasserstoffbasierte Neuronen benutzen“, den „softwareresidenten Menschen“, die sich nach Belieben körperlich manifestieren könnten, an Zahl und Intelligenz weit unterlegen sein.

Doch gerade in dieser reaktionären Utopie wird die ganze Fragwürdigkeit der Spekulationen Kurzweils deutlich. Kurzweil macht eine Grundannahme, die m.E. nicht haltbar ist. Er geht von einer dualistischen Vorstellung des Menschen aus, von der strikten Spaltung in Körper („Hardware“) und Geist („Software“). Er interessiert sich für die Funktionsweise des Gehirns nur unter dem eingeschränkten Gesichtspunkt, dass man nur das Verhalten von Neuronen verstehen muss, um Geist zu verstehen. Versteht man das Verhalten von Neuronen, lassen sich überlegene Maschinen bauen, die alles vermögen, was das Gehirn vermag, nur unendlich schneller, mit einer unendlich höheren Rechenleistung und nicht durch Individualität beschränkt. Und wie schon gesagt, solche überlegenen Datenverarbeitungsträger können sich auf beliebige Weise körperlich manifestieren. Die Frage, ob es überhaupt so etwas wie geistige Zustände, wie Bewusstsein, Subjektivität, Willen gibt und ob Maschinen Bewusstsein haben, erklärt Kurzweil kurzerhand zu einem Problem der Zuschreibung, das heißt zu etwas, das außerhalb jeder Art von Wissenschaft liegt und deshalb unerheblich ist.

Gegen seine Auffassungen – und die Auffassungen vieler seiner Kollegen – werden gewichtige Einwände vorgebracht, nicht nur aus der philosophischen Diskussion (8), sondern vor allem aus der Neurobiologie, also der Naturwissenschaft (9). Damasio etwa führt in seinem Buch über „Descartes“ Irrtum“ viele Gründe für die These an, dass das menschliche Gehirn und der restliche Körper einen unauflöslichen Organismus bilden; dass der Organismus als Ganzes, also weder allein der Körper noch allein das Gehirn, sich in Wechselwirkung mit seiner Umwelt befindet und dass die physiologischen Operationen, die Geist genannt werden, der Gesamtheit der strukturellen und funktionellen Operationen und nicht dem Gehirn allein entstammen: Geistige Phänomene, schreibt er, lassen sich nur dann ganz verstehen, wenn wir die Wechselwirkung des Organismus mit seiner Umwelt einbeziehen.

Das alles spielt bei Kurzweil keine Rolle. Seine Voraussetzung, dass die menschliche Intelligenz = Rechenleistung zu schlecht ist und einer überlegenen Rechenleistung weichen muss und wird, wird diesen komplexen Wechselwirkungen nicht gerecht. Die Komplexität des menschlichen Lebens und die Kreativität der menschlichen Intelligenz, die sich eben nicht auf Rechenleistung reduzieren lässt, in der Gefühle, Wünsche, Überzeugungen, Willen ... eine große Rolle spielen, sind Widerstandskräfte gegen

den Versuch, den Menschen mittels der Techniken der künstlichen Intelligenz zu versklaven.

Christiane Schneider

- (1) Ray Kurzweil, *Homo s@piens*, Leben im 21. Jahrhundert, Was bleibt vom Menschen? Econ Taschenbuchverlag 2000
- (2) Augustinus (354-430), *Über den Gottesstaat*
- (3) FAZ, 5.7.2000
- (4) Joseph Weizenbaum, *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*
- (5) Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Philosophische Fragmente
- (6) Julian Jaynes entwickelt in seinem Buch *Der Ursprung des Bewusstseins* sehr interessante Thesen über die Entstehung der Sprache und der Schrift in ihren Auswirkungen auf das menschliche Gehirn, das menschliche Denken und die soziale Organisation des Lebens.
- (7) FAZ, 8.8.2000: „Wird die Menschheit dümmer als Maschinen?“ Paoli gehört zum neosituationistischen Kreis der „Glücklichen Arbeitslosen“ in Berlin, Prenzlauer Berg, und gibt deren Magazin „Der Müßiggangster“ heraus.
- (8) Hier besonders John Searle, *Die Wiederentdeckung des Geistes*. Derselbe: *Intentionalität*
- (9) Antonio R. Damasio, *Descartes’ Irrtum*. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn. Gerhard Roth, *Das Gehirn und seine Wirklichkeit*. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen

Partei-Journalismus

Rezension von Franz-Karl Hitze

Es ist schon Alltag, dass sich sowohl aktive oder pensionierte Journalisten mit ihren Erinnerungen zu Wort melden. In der DDR war das eher eine vereinzelte Ausnahme. Nach der Wende hat sich das grundlegend geändert. Nach Bachmann, Czepuch, Merlt, Polkahn, Selbmann, Spahn u.a. hat sich jetzt als vorerst letzter Karl-Heinz Arnold, bis 1989 fast ein Vierteljahrhundert stellvertretender Chefredakteur und angesehener Wirtschaftsjournalist in der „Berliner Zeitung“ zu Wort gemeldet. In seinen Erinnerungen geht er offen und ehrlich auf solche Fragen ein, wie: Gab es in der DDR Medienzensur? Wer bestimmte sowohl die leitenden Redakteure als auch Themen und Tabus in den Zeitungen und Sendern?

Arnold, der zu den profiliertesten Journalisten in der DDR gehörte, beantwortet auch Fragen zur DDR-Informationspolitik. Gleichzeitig setzte er sich sachlich und korrekt mit der Art und Weise der Berichterstattung seiner westlichen Kollegen auseinander, die dem Zeitgeist huldigen, als auch mit solchen Ostjournalisten, die an den Raster der Parteilinie gefesselt, keinen eigenen Spielraum nutzten, um ihre Berichterstattung und Analyse bunter und glaubwürdiger zu gestalten.

Er schreibt: Das Herausgeberprinzip und die Fixierung eines Blattes auf die politische Richtung einer Partei ist weder ungewöhnlich noch eine Spielart der Zensur, sofern keine Pression auf die Journalisten ausgeübt wird ... Wem die Richtung eines Mediums, einer Zeitung nicht passt, ob fest angestellter oder

freier Mitarbeiter, geht keine Bindung zu dem Blatt ein oder löst sie ... oder wird vor die Tür gesetzt. Oder er passt sich an. Es gab für jedes Blatt und für jeden Sender nur eine Richtung (s.o.).

Ausführlich geht der Autor auf das Zusammenwirken, besser gesagt auf das Einwirken der Abteilung Agitation im ZK der SED ein. Das ging bis zur Verpflichtung, Meldungstexte, Kommunikationen etc. ungeteilt zu drucken und nach verbindlichen Vorgaben zu platzieren. Mit zunehmenden Vorgaben schlich sich schon vor Jahrzehnten Routine in der Nachrichtengabe und sogar in der Kommentierung wichtiger oder auch unwichtiger politischer und ökonomischer Ereignisse ein. Das wahre Leben ging oft an den Redaktionen vorbei.

Folgendes Beispiel soll das illustrieren: Arnold berichtet frustriert über ein Weltereignis, wo er selbst Opfer der anerzogenen, vorauselenden Routine, sprich Parteidisziplin wurde. Am 9. November 1989 erreichte ihn gegen 23 Uhr ein Telefonat seines Redakteurs Axel K., der ganz aufgeregt von einer Telefonzelle in der Bornholmer Straße anrief: „Die Grenze ist offen. Tausende DDR-Bürger strömen über die Brücke nach Westberlin.“ Ob er eine Meldung durchgeben sollte, fragte er den diensthabenden Chefredakteur. Arnold meinte: „Die Zeitung ist zu, kann sie in dieser Zeit nicht mehr aufreissen“. Nicht erst in diesem Buch bekannte Karl-Heinz Arnold: „Eine falsche Entscheidung, ich hätte es gekonnt.“ Die verspätete Herausgabe des Blattes wegen einer so wichtigen Nachricht von zwanzig oder dreißig auffällig platzierten Zeilen auf Seite 1 hätte in Kauf genommen werden müssen. So brachte die „Berliner Zeitung“ (wie alle anderen DDR-Tageszeitungen auch) erst mit Datum vom 11./12. November diese sensationelle Nachricht: „Hunderttausende DDR-Bürger schauen sich in Westberlin um.“

Nur kurze Zeit später holte ihn Hans Modrow, der neue Ministerpräsident der DDR in sein Büro als seinen persönlichen Mitarbeiter. Er schätzt schon seit vielen Jahren die analytischen und journalistischen Fähigkeiten des promovierten Juristen. War er es doch, der beispielsweise viele Jahre zuvor, das Zivilgesetzbuch der DDR redigierte, ein einmaliger Vorgang in der deutschen Rechtsgeschichte. Arnold begleitete Modrow auf vielen Reisen im In- und Ausland. Er war dabei, als sich Modrow in Moskau mit Gorbatschow, in Dresden mit Kohl und in Davos mit ausländischen Regierungschefs, Ministern und Industriellen traf. Und so gesehen erkennt sein Buch nicht nur persönliche Erfahrungen, sondern auch ein Stück Zeitgeschichte. Arnold berichtet offen und ohne Neigung zur Verklärung oder Rechtfertigung über sein Journalistenleben und seine Arbeit. Seine Berichte machen nachdenklich.

Karl-Heinz Arnold: Zeitung – ein Journalist berichtet, Verlag Edition Ost, Berlin, 2000, 340 S. brosch. 19,80 DM

